



Unternehmensgründungen in Rheinland-Pfalz - neue Ansatzpunkte zur Ausschöpfung des Gründungspotenzials von Frauen

Gutachten im Auftrag des
Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

vorgelegt vom

Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Wissenschaftliche

Leitung: Dr. Rosemarie Kay

Bearbeitung: Claus Adenäuer
Michael Holz
Dr. Rosemarie Kay

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Verzeichnis der Abbildungen | IV |
| Verzeichnis der Tabellen | IV |
| 1. Einleitung | 1 |
| 2. Das Gründungsgeschehen in Rheinland-Pfalz im Spiegel der Statistik | 3 |
| 2.1 Gründungen und Liquidationen | 3 |
| 2.2 Gründungen aus der Arbeitslosigkeit: Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld | 6 |
| 2.3 Entwicklung der Anzahl der Selbstständigen und Selbstständigenquote | 9 |
| 3. Gründe für die suboptimale Ausschöpfung des Gründungspotenzials | 15 |
| 3.1 Stand der Forschung | 15 |
| 3.2 Das Gründungsumfeld in Rheinland-Pfalz | 21 |
| 3.2.1 Das Kinderbetreuungsangebot | 21 |
| 3.2.2 Die Förderinstitutionen und -programme | 23 |
| 4. Ansatzpunkte zur Ausschöpfung des Gründungspotenzials insbesondere von Frauen: die Handlungsempfehlungen | 27 |
| 4.1 Vorüberlegungen zur Gestaltung und Strukturierung der Handlungsempfehlungen | 27 |
| 4.2 Optimierung der Strukturen der Gründungsförderung | 30 |
| 4.2.1 Koordination der Gründungsförderung | 30 |
| 4.2.2 Koordination und Grundfinanzierung der Förderung von Gründungen aus Hochschulen | 31 |
| 4.2.3 Transparenz und Vermarktung des Förderangebots | 32 |
| 4.3 Phase 1: Sensibilisierung und Aktivierung des Gründungspotenzials | 39 |
| 4.3.1 Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots | 39 |
| 4.3.2 Sensibilisierung | 41 |
| 4.3.2.1 Sensibilisierung für die unternehmerische Selbstständigkeit an allgemein- und berufsbildenden Schulen | 41 |
| 4.3.2.2 Sensibilisierung für die unternehmerische Selbstständigkeit an Hochschulen | 46 |
| 4.3.2.3 Sensibilisierung weiter Bevölkerungsgruppen | 47 |
| 4.3.3 Qualifizierung | 50 |

| | | |
|---------|---|----|
| 4.4 | Phase 2: Vorgründungsphase | 51 |
| 4.4.1 | Ideenfindung | 51 |
| 4.4.2 | Information | 52 |
| 4.4.3 | Beratung | 53 |
| 4.4.3.1 | Ganzheitliche, ergebnisoffene Beratung für Frauen | 53 |
| 4.4.3.2 | Unterstützungsleistungen für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit | 54 |
| 4.4.3.3 | Beratungsangebote speziell in ländlichen Regionen | 56 |
| 4.4.3.4 | Einrichtung von Expertengremien zur Verleihung eines Unternehmerinnenbriefs | 57 |
| 4.4.5 | Finanzierung | 58 |
| 4.5 | Phase 3: Markteintritt und Frühentwicklung | 60 |
| 4.5.1 | Beratung | 60 |
| 4.5.2 | Coaching und Mentoring | 61 |
| 4.5.3 | Gegenseitige Unterstützung durch Gründerinnen und Unternehmerinnen | 63 |
| 5. | Fazit | 64 |

1. Einleitung

Unternehmensgründungen erhöhen die Wettbewerbsintensität auf den Märkten und tragen zum strukturellen und technologischen Wandel der Wirtschaft bei. Auch wenn die Höhe ihres Netto-Beitrags zur Beschäftigung umstritten ist, haben Unternehmensgründungen einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Arbeitsmärkte. Deshalb zählt die Gründungsförderung zu den Kernelementen der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik.

Obwohl Frauen heute beruflich so hoch qualifiziert sind wie nie zuvor, ist ihr Anteil an den Gründungen im Vergleich zu ihrem Anteil an den Erwerbstätigen niedrig. Nur etwa jede dritte Gründung eines Unternehmens wird von einer Frau durchgeführt, obwohl Frauen rund 45 % aller Erwerbstätigen und 49,5 % der erwerbsfähigen Bevölkerung stellen. Von allen erwerbstätigen Frauen sind nur 7,0 % beruflich selbstständig, während diese Quote bei Männern 13,9 % beträgt, also doppelt so hoch ist.

Zwar ist die Zahl der weiblichen Selbstständigen in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten stetig stärker gewachsen als die der männlichen Selbstständigen. Dennoch hat sich der sogenannte "Gender-Gap" nur geringfügig verringert. Zwischen 1996 und 2004 ist der Anteil der Frauen an den Selbstständigen lediglich von 26,9 % auf 28,9 % gestiegen. Trotz einiger erkennbar positiver Entwicklungen ist das Gesamtbild aus frauenpolitischer Perspektive gesehen ernüchternd. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz: Die Selbstständigengquote der Frauen lag hier im Jahre 2004 bei 6,9 % (Männer: 13,5 %), der Frauenanteil an allen Selbstständigen bei 28,3 %.

Das Gründerinnenpotenzial scheint demnach weder vollständig ausgeschöpft zu sein, noch ist es gelungen, die Qualität von Frauengründungen insgesamt betrachtet entscheidend zu verändern. Aus der Gründungs- und Mittelstandsforschung ist bekannt, dass die von Frauen gegründeten und geführten Unternehmen im Durchschnitt kleiner sind als die von Männern, was auf die Wirtschaftszweizugehörigkeit der bevorzugt von Frauen gegründeten Unternehmen und weitere strukturelle Faktoren zurückzuführen ist (vgl. u.a. KAY u.a. 2003). Strukturelle Unterschiede zwischen von Frauen und Männern gegründeten Unternehmen, z.B. in Hinsicht auf die Humankapital- und Ressourcenausstattung, tragen auch dazu bei, dass die von Frauen geführten Unternehmen im Durchschnitt eine geringere Bestandsfestigkeit aufweisen als die von Männern (vgl. JUNGBAUER-GANS 1993, KAY 2003).

Der Status-quo macht somit deutlich, dass die Rahmenbedingungen für und die Förderung von Gründungen in Deutschland noch nicht so ausgestaltet sind, dass sie beiden Geschlechtern die gleichen Gründungschancen einräumen. Dieses Urteil wird durch den Global Entrepreneurship Monitor 2004 bestätigt. Hiernach nimmt Deutschland im Urteil von Experten im Hinblick auf die Unterstützung von Gründungen von Frauen unter 30 Ländern Rang 23 ein (vgl. STERNEBRG/LÜCKGEN 2005).

Angesichts der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Unternehmensgründungen und der absehbaren demografischen Entwicklungen ist das Land Rheinland-Pfalz bestrebt, Anzahl und Qualität von Unternehmensgründungen, insbesondere der von Frauen, zu steigern. Deswegen hat das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau dem Institut für Mittelstandsforschung Bonn am 13.7.2004 den Auftrag erteilt, alle wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen zur quantitativen und qualitativen Steigerung des Ausschöpfungsgrades des Gründungspotenzials in Rheinland-Pfalz zu identifizieren, sie im Sinne des Gender Mainstreaming zu analysieren und schließlich integrierte Empfehlungen darüber abzugeben, welche Maßnahmen, wann und von welchen Akteuren ergriffen werden könnten. Dabei galt es regionale Besonderheiten, vor allem in den ländlichen Regionen des Landes, zu berücksichtigen.

Diese Empfehlungen wurden in drei Schritten erarbeitet. Zunächst wurde das Gründungsgeschehen in Rheinland-Pfalz auf Grundlage von statistischen Daten einer Ist-Analyse unterzogen. In einem zweiten Schritt wurden die Gründe für die suboptimalen Ausschöpfung insbesondere des weiblichen Gründungspotenzials umfassend analysiert. Diese Analyse beruht im Wesentlichen auf der Sichtung der Forschungsliteratur einerseits sowie der Bestandsaufnahme und Evaluation des Gründungsumfeldes in Rheinland-Pfalz, die sich insbesondere auf Gespräche mit mehr als 30 Experten aus dem Gründungsumfeld und rund 20 (potenziellen) Gründerinnen, auf umfassende Internetrecherchen sowie Dokumentenanalysen stützen, andererseits. Schließlich wurde in einem dritten Schritt auf Grundlage der Ergebnisse der ersten beiden Arbeitsschritte sowie der Recherche von Good Practice-Beispielen in anderen Bundesländern ein Katalog teils alternativer Handlungsempfehlungen erarbeitet und mit den oben genannten Experten und Gründerinnen diskutiert. Die Ergebnisse dieser Arbeitsschritte werden im Folgenden dokumentiert.

2. Das Gründungsgeschehen in Rheinland-Pfalz im Licht der Statistik

Um zielgerechte Handlungsempfehlungen ableiten zu können, werden in einem ersten Schritt Ansatzpunkte für Modifikationen und Ergänzungen der Gründungsförderung und des -umfeldes mittels einer umfassenden Analyse des bisherigen Gründungsgeschehen im Land Rheinland-Pfalz identifiziert. Um Entwicklungen im Zeitverlauf sichtbar zu machen, beschränkt sich die Analyse nicht auf ein Jahr, sondern betrachtet den Zeitraum 1996 bis 2004.

Im Zentrum der Analyse steht die Entwicklung der "Gründungen", sofern möglich differenziert nach Geschlecht, Wirtschaftszweigzugehörigkeit und Region. Über die landesspezifische Analyse hinaus erfolgt ein Benchmark, je nach Zweckmäßigkeit zu Deutschland insgesamt, dem früheren Bundesgebiet und/oder den Bundesländern Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Bei letzteren handelt es sich wie bei Rheinland-Pfalz um westdeutsche Flächenländer (ostdeutsche Bundesländer und Stadtstaaten weisen von vornherein strukturelle Unterschiede auf), wobei Niedersachsen größere Ähnlichkeit mit den regionalen Strukturen von Rheinland-Pfalz aufweist als Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Diese beiden Bundesländer wurden dennoch einbezogen, weil sie sich in den vergangenen Jahren mit ihrer Gründungsförderungspolitik hervorgetan haben, auch und insbesondere im Hinblick auf die Förderung von Gründungen durch Frauen. Ein Vergleich von Rheinland-Pfalz mit diesen Bundesländern erlaubt erste Rückschlüsse auf den Erfolg der jeweiligen Gründungsförderungspolitik und liefert in der Zusammenschau mit den im dritten Kapitel präsentierten Befunden Hinweise auf Handlungs- und Gestaltungsoptionen.

2.1 Gründungen und Liquidationen

Da für die Analyse des Gründungsgeschehens keine explizite Gründungsstatistik zur Verfügung steht, greift das IfM Bonn auf die Gewerbemeldestatistik zurück, auf deren Basis Gründungen und Liquidationen ermittelt werden. Aufgrund der unterschiedlichen Größe der vergleichend betrachteten Regionen ist die absolute Zahl der Gründungen, Liquidationen und des Gründungssaldos wenig aussagekräftig. Um Vergleichbarkeit herzustellen, müssen die Anzahl der Gründungen sowie der Gründungssaldo relativiert werden. Hierfür wird das regionale Gründungspotenzial in Form der erwerbstätigen Wohnbevölkerung herangezogen.

Wie Tabelle 1 zeigt, wurden in Rheinland-Pfalz im Zeitraum 1997 bis 2003 durchgängig mehr Gründungen je 10.000 Erwerbstätige (des Vorjahres) vollzogen als im Bundesdurchschnitt. Gleiches gilt für den an den Erwerbstätigen relativierten Gründungssaldo in diesem Zeitraum. Rheinland-Pfalz nahm demnach im bundesweiten Gründungsgeschehen eine gute Position ein. Gleichwohl ist sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Deutschland insgesamt ein kontinuierlicher Rückgang der relativen Zahl der Gründungen von 1997 bis 2002 nicht zu übersehen. Erst 2003 hat sich das Gründungsgeschehen wieder stärker belebt. Allerdings fiel der Anstieg in den Jahren 2003 und 2004 in Rheinland-Pfalz mit 9,9 % bzw. 8,3 % weniger stark aus als in Deutschland insgesamt mit 13,4 % bzw. 13,7 %. Seit 2004 liegt die relative Anzahl der Gründungen in Rheinland-Pfalz unter dem Wert für Deutschland insgesamt, und auch der relativierte Gründungssaldo des Landes fällt geringer aus als in der Bundesrepublik insgesamt. Rheinland-Pfalz hat damit seinen "Vorsprung" aus den Jahren 1997 bis 2003 eingebüßt.¹

Tabelle 1: Gründungen und Gründungssaldo je 10.000 Erwerbstätige des Vorjahres in Rheinland-Pfalz und Deutschland, 1997 bis 2004

| Jahr | Rheinland-Pfalz | | | | Deutschland | | | |
|--------------------|------------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|------------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| | Gründungen je 10.000 Erwerbstätige | | Saldo je 10.000 Erwerbstätige | | Gründungen je 10.000 Erwerbstätige | | Saldo je 10.000 Erwerbstätige | |
| | Abs. | Veränderung ggü. Vorjahr in % | Abs. | Veränderung ggü. Vorjahr in % | Abs. | Veränderung ggü. Vorjahr in % | Abs. | Veränderung ggü. Vorjahr in % |
| 1997 | 151,1 | | 39,7 | | 140,9 | | 28,5 | |
| 1998 | 150,3 | - 0,5 | 35,7 | - 10,1 | 143,2 | + 1,6 | 27,8 | - 2,5 |
| 1999 | 142,9 | - 4,9 | 29,7 | - 16,8 | 137,5 | - 4,0 | 19,5 | - 29,9 |
| 2000 | 135,2 | - 5,4 | 27,0 | - 9,1 | 129,6 | - 5,7 | 21,3 | + 9,2 |
| 2001 | 128,8 | - 4,7 | 23,2 | - 14,1 | 124,2 | - 4,2 | 18,8 | - 11,7 |
| 2002 | 129,2 | + 0,3 | 21,1 | - 9,1 | 122,7 | - 1,2 | 17,2 | - 8,5 |
| 2003 ¹⁾ | 142,1 | + 9,9 | 19,5 | - 7,5 | 139,2 | + 13,4 | 19,4 | + 12,5 |
| 2004 | 153,9 | + 8,3 | 33,3 | + 71,0 | 158,3 | + 13,7 | 39,8 | + 105,4 |

© IfM Bonn

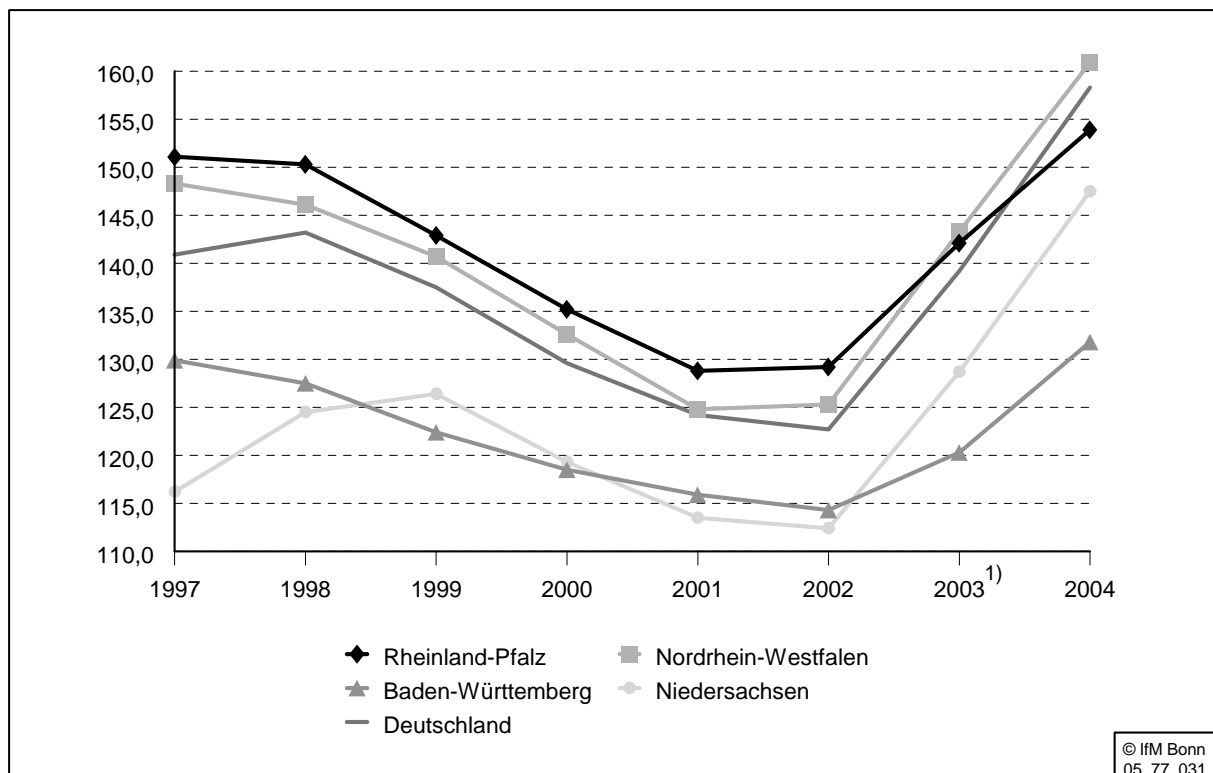
1) Seit 2003 Änderungen in der Gewerbemeldetstatistik, deshalb nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Gewerbeanzeigen, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Zahlen für 2004: STATISTISCHE LANDESÄMTER: Gewerbeanzeigen 2004; Berechnungen des IfM Bonn.

¹ Worin diese Entwicklung im Einzelnen begründet liegt, kann auf der verfügbaren Datenbasis nicht geklärt werden.

Auch im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen waren Gründungsintensität und Intensität des Gründungssaldos des Landes Rheinland-Pfalz im Untersuchungszeitraum 1997 bis 2002 durchweg höher. In den Jahren 2003 und 2004 allerdings wies Nordrhein-Westfalen höhere Gründungsintensitäten als Rheinland-Pfalz auf (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Entwicklung der Gründungsintensität (Gründungen pro 10.000 Erwerbstätige des Vorjahres) 1997 bis 2004



1) Seit 2003 Änderungen in der Gewerbemeldestatistik, deshalb nur eingeschränkt mit Vorjahreswerten vergleichbar.

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Gewerbeanzeigen, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Zahlen für 2004: STATISTISCHE LANDESÄMTER: Gewerbeanzeigen 2004; Berechnungen des IfM Bonn.

Seit 2003 weist die Gewerbemeldestatistik für Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen von Einzelunternehmen das Geschlecht des Gewerbetreibenden aus, so dass nunmehr nach Geschlecht differenzierte Gründungs- und Liquidationswerte berechnet werden können.² Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, wurde

² 81,2 % aller Gewerbeanmeldungen in Deutschland im Jahr 2003 wurden von Einzelunternehmen vorgenommen, in Rheinland-Pfalz lag der Anteil bei 83,6 %. An den Gewerbeabmeldungen hatten die Einzelunternehmen in Deutschland im Jahr 2003 einen Anteil von 79,3 % und in Rheinland-Pfalz von 82,5 % (vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT, Gewerbeanzeigen 2003; Berechnungen des IfM Bonn).

in Deutschland in den Jahren 2003 und 2004 knapp ein Drittel aller Gründungen in der Rechtsform des Einzelunternehmens von Frauen vorgenommen. Rheinland-Pfalz wies in diesen beiden Jahren von allen betrachteten Bundesländern mit 35,3 % bzw. 34,7 % den höchsten Frauenanteil auf. Allerdings hatte Rheinland-Pfalz zugleich auch den höchsten Frauenanteil an den Liquidationen von Einzelunternehmen in den betrachteten Bundesländern. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass Rheinland-Pfalz aus der Gender-Perspektive betrachtet eine gute Position im Bundesvergleich des Gründungsgeschehens einnimmt.

Tabelle 2: Gründungen und Liquidationen von Einzelunternehmen in den Jahren 2003 und 2004 nach Geschlecht

| | Gründungen | | Liquidationen | |
|---------------------|------------|-------------------|---------------|-------------------|
| | absolut | Frauenanteil in % | absolut | Frauenanteil in % |
| | 2003 | | | |
| Rheinland-Pfalz | 21.800 | 35,3 | 19.000 | 34,6 |
| Baden-Württemberg | 50.100 | 32,9 | 46.000 | 31,4 |
| Niedersachsen | 36.000 | 33,4 | 32.200 | 34,3 |
| Nordrhein-Westfalen | 90.300 | 32,0 | 84.400 | 33,2 |
| Deutschland | 425.100 | 32,7 | 366.700 | 32,6 |
| | 2004 | | | |
| Rheinland-Pfalz | 24.100 | 34,7 | 18.700 | 34,9 |
| Baden-Württemberg | 55.800 | 33,2 | 45.100 | 32,1 |
| Niedersachsen | 41.900 | 33,0 | 32.100 | 33,4 |
| Nordrhein-Westfalen | 102.500 | 32,2 | 81.700 | 33,3 |
| Deutschland | 492.700 | 32,9 | 361.000 | 32,6 |

© IfM Bonn

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Gewerbeanzeigen 2003 und 2004, Wiesbaden, STATISTISCHE LANDESÄMTER: Gewerbeanzeigen 2003 und 2004; Berechnungen des IfM Bonn.

2.2 Gründungen aus der Arbeitslosigkeit: Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld

Die bundesweite Belebung des Gründungsgeschehens in den Jahren 2003 und 2004 ist u.a. auf die Einführung des Existenzgründungszuschusses durch die Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen. Der Existenzgründungszuschuss wurde zu Beginn des Jahres 2003 als zweites arbeitsmarktpolitisches Instrument neben dem Überbrückungsgeld zur Förderung von Existenzgründungen von Arbeitslosen eingeführt.

Diese Fördermaßnahme wird - daran lassen die Daten der Bundesagentur für Arbeit keinen Zweifel - von den Anspruchsberechtigten gut angenommen. Von Januar 2003 bis Dezember 2004 wurden deutschlandweit insgesamt 268.520 Zugänge in die Förderung mit Existenzgründungszuschuss registriert.³ Der Frauenanteil hieran beträgt 42,0 %. Etwa 5 % dieser Zugänge entfielen auf Rheinland-Pfalz. Der Frauenanteil liegt in Rheinland-Pfalz bei 43,6 % und damit über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Ausreichung des Überbrückungsgeldes wurden von Januar 2003 bis Dezember 2004 deutschlandweit 342.514 Zugänge gezählt. Der Frauenanteil lag hier mit 25,8 % deutlich unter dem für den Existenzgründungszuschuss. In Rheinland-Pfalz wurden im gleichen Zeitraum 13.567 neue Überbrückungsgeldempfänger registriert, was einem Anteil von knapp 4,0 % entspricht. Der Frauenanteil an den Überbrückungsgeldempfängern in Rheinland-Pfalz lag mit 22,0 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Der Frauenanteil an der Förderung durch den Existenzgründungszuschuss liegt also deutlich über dem an der Förderung durch Überbrückungsgeld. Allerdings ist zu beachten, dass Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Vereinfachend lässt sich festhalten, dass der Existenzgründungszuschuss für diejenigen Arbeitslosen attraktiver ist, die Entgeltersatzleistungen in eher geringer Höhe erhalten und auf weitere Einkommen im Haushalt zurückgreifen können, während das Überbrückungsgeld eher von Arbeitslosen in Anspruch genommen wird, die in der vorherigen Erwerbstätigkeit vergleichsweise hohe Einkünfte erzielt haben. Es ist somit nachvollziehbar, dass Frauen, die aus vielfältigen Gründen im Durchschnitt deutlich niedrigere Einkommen aus abhängiger Beschäftigung erzielen als Männer, stärker am Existenzgründungszuschuss als an der Förderung durch das Überbrückungsgeld partizipieren.

³ Seit dem 27. November 2004 muss vor der Bewilligung des Existenzgründungszuschusses (analog zum Überbrückungsgeld) eine Stellungnahme einer fachkundigen Stelle vorgelegt werden, in der die Tragfähigkeit des künftigen Geschäftsvorhabens bestätigt wird. Hierfür benötigt die fachkundige Stelle vom Existenzgründer einen Geschäftsplan. Empfänger des zum 1. Januar 2005 eingeführten Arbeitslosengeldes II haben weder einen Anspruch auf Überbrückungsgeld noch auf den Existenzgründungszuschuss. Sie können stattdessen ein sogenanntes Einstiegsgeld beantragen, auf das allerdings kein Rechtsanspruch besteht. Diese beiden Regelungen haben dazu geführt, dass die Zahl der Förderfälle im Jahre 2005 deutlich zurückgegangen ist.

Dass die Frauen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu Deutschland insgesamt tendenziell stärker an der Förderung durch den Existenzgründungszuschuss, jedoch unterdurchschnittlich an der Überbrückungsgeldförderung partizipieren, liegt vermutlich u.a. in Unterschieden im Erwerbsverhalten der Frauen in Rheinland-Pfalz gegenüber Frauen im übrigen Deutschland begründet. So lag der Anteil in Teilzeit arbeitender Frauen in Rheinland-Pfalz im Jahre 2003 mit 51,7 % über dem Bundesdurchschnitt mit 46,8 % - mit entsprechenden Konsequenzen für die erzielten Arbeitseinkünfte.⁴

Um die Daten zur Inanspruchnahme des Existenzgründungszuschusses und des Überbrückungsgeldes zwischen den betrachteten Regionen vergleichen zu können, werden sie im Folgenden an der Anzahl der Gründungen (Existenzgründungszuschuss- bzw. Überbrückungsgeldempfänger je 100 Gründungen des gleichen Zeitraums) relativiert. Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, sind in Rheinland-Pfalz relativ mehr Gründungen unter Inanspruchnahme des Existenzgründungszuschusses vollzogen worden als in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, aber weniger als in Niedersachsen. Im Durchschnitt entfielen 2003 etwa 17 % der rheinland-pfälzischen Existenzgründungen auf Existenzgründungszuschussempfänger und 2004 gut 30 %. Damit lag Rheinland-Pfalz in etwa im Bundesdurchschnitt und über dem Durchschnitt für Westdeutschland. Mit Hilfe des Überbrückungsgeldes sind in Rheinland-Pfalz mit Anteilen von jeweils rund 25 % im Jahr 2003 und 2004 im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Deutschland insgesamt und Westdeutschland hingegen relativ weniger Gründungen entstanden. Addiert man die Anteilswerte für Gründungen mit Hilfe von Überbrückungsgeld und Existenzgründungszuschuss zu einem Wert "geförderte Gründungen aus der Arbeitslosigkeit", so ergeben sich auch hier i.d.R. geringere Anteile für Rheinland-Pfalz als für Deutschland insgesamt, Westdeutschland, Niedersachsen und auch Nordrhein-Westfalen (2003). Im Vergleich zu Baden-Württemberg sind die Anteile der Gründungen aus der Arbeitslosigkeit leicht erhöht. Bemerkenswert ist allerdings, dass im Jahr 2004 auch in Rheinland-Pfalz diese kleinbetrieblichen Gründungen aus der Arbeitslosigkeit bereits mehr als die Hälfte aller Gründungen ausmachten.

⁴ Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2004); Berechnungen des IfM Bonn.

Tabelle 3: Anzahl der Existenzgründungszuschuss- und Überbrückungsgeldempfänger (kumulierte monatliche Zugänge) je 100 Gründungen des gleichen Zeitraums in Rheinland-Pfalz, Deutschland insgesamt und ausgewählten Bundesländern, 2003 und 2004

| | Existenzgründungszuschuss je 100 Gründungen | | Überbrückungsgeld je 100 Gründungen | | Gesamtmaßnahmen je 100 Gründungen | |
|---------------------|---|------|-------------------------------------|------|-----------------------------------|------|
| | 2003 | 2004 | 2003 | 2004 | 2003 | 2004 |
| Baden Württemberg | 16,2 | 24,6 | 25,7 | 30,4 | 41,9 | 55,0 |
| Niedersachsen | 21,7 | 32,0 | 31,2 | 31,8 | 52,9 | 63,8 |
| Nordrhein-Westfalen | 14,4 | 22,5 | 30,1 | 32,2 | 44,5 | 54,7 |
| Rheinland-Pfalz | 17,4 | 30,6 | 24,9 | 26,1 | 42,3 | 56,7 |
| Deutschland | 19,1 | 29,9 | 31,3 | 32,1 | 50,4 | 62,0 |
| Westdeutschland | 17,1 | 25,8 | 29,1 | 31,2 | 46,2 | 57,0 |

© IfM Bonn

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen, Leistungen an Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verschiedene Ausgaben; Berechnungen des IfM Bonn.

2.3 Entwicklung der Anzahl der Selbstständigen und Selbstständigengquote

Mit Ausnahme der Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Gewerbemeldestatistik für die Jahre 2003 und 2004 ließen die bisher präsentierten Daten zum Gründungsgeschehen keine Differenzierung nach dem Geschlecht zu. Deswegen soll im Folgenden hilfsweise der Mikrozensus herangezogen werden, der zwar auf Selbstständige abhebt, dafür aber nach Geschlecht differenzierende Informationen liefert.

Die Zahl der Selbstständigen hat in Rheinland-Pfalz von 160.000 im Jahr 1996 auf 184.000 im Jahr 2004 um 15 % zugenommen. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl Selbstständiger in Deutschland um 13 % von 3,4 Mio. auf 3,9 Mio., in Westdeutschland (ohne Berlin) um 10,3 % von 2,8 Mio. auf 3,1 Mio. an (vgl. Tabelle 4). Die Zahl der Selbstständigen ist demnach in Rheinland-Pfalz im Untersuchungszeitraum relativ stärker angestiegen als in Deutschland insgesamt bzw. Westdeutschland.

Tabelle 4: Anzahl der Selbstständigen in Rheinland-Pfalz, Deutschland und dem Westdeutschland, nach Geschlecht, 1996 bis 2004

| Jahr | Rheinland-Pfalz | | | Deutschland | | | Westdeutschland | | |
|------|-------------------------|--------|--------|-------------------------|--------|--------|-------------------------|--------|--------|
| | Selbstständige in 1.000 | | | Selbstständige in 1.000 | | | Selbstständige in 1.000 | | |
| | Gesamt | Männer | Frauen | Gesamt | Männer | Frauen | Gesamt | Männer | Frauen |
| 1996 | 160 | 119 | 41 | 3.409 | 2.492 | 916 | 2.809 | 2.071 | 738 |
| 1997 | 166 | 123 | 43 | 3.528 | 2.566 | 961 | 2.895 | 2.124 | 770 |
| 1998 | 168 | 121 | 47 | 3.594 | 2.608 | 986 | 2.940 | 2.147 | 792 |
| 1999 | 172 | 125 | 46 | 3.594 | 2.604 | 991 | 2.939 | 2.143 | 796 |
| 2000 | 183 | 133 | 50 | 3.643 | 2.631 | 1.012 | 2.971 | 2.164 | 807 |
| 2001 | 176 | 128 | 48 | 3.632 | 2.620 | 1.012 | 2.959 | 2.151 | 808 |
| 2002 | 186 | 138 | 49 | 3.654 | 2.628 | 1.026 | 2.991 | 2.173 | 817 |
| 2003 | 183 | 135 | 48 | 3.744 | 2.678 | 1.066 | 3.036 | 2.193 | 844 |
| 2004 | 184 | 133 | 52 | 3.852 | 2.740 | 1.112 | 3.099 | 2.225 | 874 |

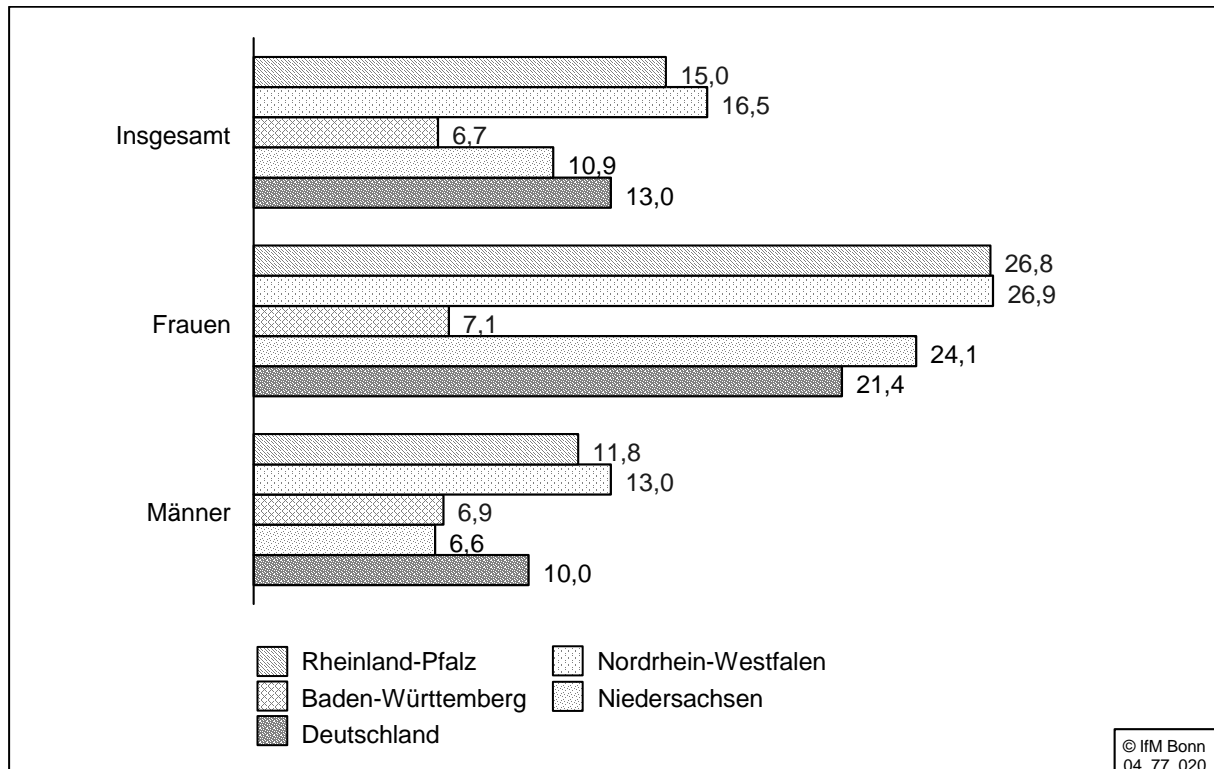
© IfM Bonn

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnisse des Mikrozensus), Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Berechnungen des IfM Bonn.

Auch im Vergleich zu Baden-Württemberg und Niedersachsen hat sich in Rheinland-Pfalz die Zahl der Selbstständigen relativ besser entwickelt, lediglich Nordrhein-Westfalen hat einen stärkeren Anstieg zu verzeichnen (vgl. Abbildung 2). Gleiches gilt für die Entwicklung der Zahl der weiblichen und der männlichen Selbstständigen, wobei der Unterschied zwischen Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bei den weiblichen Selbstständigen mit 0,1 Prozentpunkten sehr gering ist. In allen untersuchten Regionen ist die Zahl der weiblichen Selbstständigen relativ stärker gestiegen als die der männlichen.

So positiv die Entwicklung der Zahl der weiblichen Selbstständigen auf den ersten Blick erscheinen mag, so relativiert sich dieser Befund, wenn berücksichtigt wird, dass sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen insgesamt in diesem Zeitraum ebenfalls erhöht hat. Wird der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen, also die Selbstständigenquote, als Beurteilungsmaßstab gewählt, so wird diese Relativierung deutlich. Die Selbstständigenquote der Frauen ist in Deutschland von 6,0 % im Jahre 1996 auf 7,0 % im Jahre 2004 angestiegen, während die Selbstständigenquote der Männer im gleichen Zeitraum von 12,0 % auf 13,9 % gestiegen ist. Die Selbstständigenquote der Frauen hat sich also im Vergleich zur Selbstständigenzahl nur geringfügig erhöht und ist im Vergleich zu der der Männer nach wie vor niedrig, der relative Abstand hat sich nicht verringert.

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Selbstständigen 2004 gegenüber 1996 in Deutschland nach ausgewählten Regionen und Geschlecht, in %



Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnisse des Mikrozensus), Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Berechnungen des IfM Bonn.

In Rheinland-Pfalz erhöhte sich die Selbstständigenquote der Frauen im Untersuchungszeitraum von 5,9 % auf 6,9 %, die der Männer von 11,7 % auf 13,5 %. Diese Werte liegen geringfügig unter den bundesdeutschen Werten sowie denen für Baden-Württemberg und Niedersachsen (jedoch nur Männer), aber geringfügig über den Werten für Nordrhein-Westfalen. Alles in allem kann vorerst nicht die Rede von der Schließung des sogenannten Gender-Gap sein. Vielmehr ist zu vermuten, dass die Zunahme der Zahl der selbstständigen Frauen weitgehend auf die allgemein höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen zurückzuführen ist.

Tabelle 5 gibt eine Übersicht über die Verteilung der Selbstständigen auf die Wirtschaftsbereiche Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Es sind sowohl regionale als auch geschlechtsspezifische Unterschiede erkennbar. Dem Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft kommt in Rheinland-Pfalz sowohl bei Frauen als auch Männern eine

stärkere Bedeutung zu als in Deutschland insgesamt oder den anderen betrachteten Bundesländern (mit Ausnahme von Niedersachsen, wo die Land- und Forstwirtschaft für männliche Selbstständige eine noch bedeutsamere Rolle spielt), wohingegen der Anteil der Selbstständigen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz niedriger ausfällt als in den Vergleichsregionen. Für alle betrachteten Regionen gilt, dass weibliche Selbstständige seltener in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Produzierenden Gewerbe tätig sind als männliche Selbstständige, wohingegen sie stärker in den Wirtschaftssektoren sonstige Dienstleistungen präsent sind als männliche. Im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr hat zwischen 1996 und 2004 eine starke Annäherung zwischen den Geschlechtern stattgefunden, eine Überrepräsentanz der weiblichen Selbstständigen ist kaum mehr beobachtbar. Diese Befunde sind sowohl für 1996 als auch 2004 gültig.

Der Mikrozensus ermöglicht auch eine Analyse nach den fünf Raumordnungsregionen in Rheinland-Pfalz. Wie Tabelle 6 zu entnehmen ist, bestehen auch innerhalb von Rheinland-Pfalz regionale Unterschiede. Die höchste Selbstständigenquote weisen im Jahr 2004 die Regionen Rheinpfalz und Trier auf, die niedrigste die Westpfalz. Diese Rangfolge spiegelt sich nicht in den Selbstständigenquoten der Frauen und Männer wider.⁵ Bei den Frauen liegt Rheinhessen-Nahe auf Rang 1, bei den Männern nimmt die Region allerdings den vorletzten Rang ein. Und während bei den Männern die Rheinpfalz an der Spitze liegt, belegt sie bei den Frauen nur den dritten Platz. Geht man vom Landesdurchschnitt aus, liegen bei den Frauen Rheinhessen-Nahe, Trier und Rheinpfalz, bei den Männern Rheinpfalz und Westpfalz über diesem.

⁵ Hier und im Folgenden ist zu beachten, dass die statistischen Angaben zu den weiblichen Selbstständigen auf der Ebene der Raumordnungsregion aufgrund geringer Fallzahlen nur einen eingeschränkten Aussagewert haben und deswegen mit Vorsicht zu interpretieren sind.

Tabelle 5: Verteilung der Selbstständigen 1996 und 2004 nach Wirtschaftsbereichen, Geschlecht und Regionen

| Wirtschaftsbereich | Frauen | | | | Männer | | | |
|------------------------------|---------------------|-------|------------------|-------|------------------|-------|------------------|-------|
| | 1996 in 1.000 | in % | 2004 in 1.000 | in % | 1996 in 1.000 | in % | 2004 in 1.000 | in % |
| | Rheinland-Pfalz | | | | | | | |
| Land-/Forstwirtschaft | / | 9,8 | / | 7,7 | 19 | 16,0 | 18 | 13,5 |
| Produzierendes Gewerbe | / | 9,8 | / | 7,7 | 35 | 29,4 | 29 | 21,8 |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr | 16 | 39,0 | 17 | 32,7 | 32 | 26,9 | 40 | 30,1 |
| Sonstige Dienstleistungen | 17 | 41,5 | 27 | 51,9 | 33 | 27,7 | 46 | 34,6 |
| Insgesamt | 41 | 100,0 | 52 | 100,0 | 119 | 100,0 | 135 | 100,0 |
| | Baden-Württemberg | | | | | | | |
| Land-/Forstwirtschaft | 7 | 5,5 | / | 3,7 | 35 | 10,1 | 31 | 8,4 |
| Produzierendes Gewerbe | 13 | 10,2 | 11 | 8,1 | 104 | 29,9 | 103 | 27,8 |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr | 40 | 31,5 | 36 | 26,5 | 94 | 27,0 | 93 | 25,1 |
| Sonstige Dienstleistungen | 67 | 52,8 | 85 | 62,5 | 115 | 33,0 | 144 | 38,8 |
| Insgesamt | 127 | 100,0 | 136 | 100,0 | 348 | 100,0 | 371 | 100,0 |
| | Niedersachsen | | | | | | | |
| Land-/Forstwirtschaft | 6 | 7,7 | 7 | 7,1 | 54 | 22,3 | 44 | 17,0 |
| Produzierendes Gewerbe | 6 | 7,7 | 7 | 7,1 | 51 | 21,1 | 62 | 23,9 |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr | 28 | 35,9 | 29 | 29,6 | 69 | 28,5 | 66 | 25,5 |
| Sonstige Dienstleistungen | 38 | 48,7 | 55 | 56,1 | 68 | 28,1 | 87 | 33,6 |
| Insgesamt | 78 | 100,0 | 98 | 100,0 | 242 | 100,0 | 259 | 100,0 |
| | Nordrhein-Westfalen | | | | | | | |
| Land-/Forstwirtschaft | 7 | 4,3 | / | 1,9 | 45 | 9,6 | 34 | 6,4 |
| Produzierendes Gewerbe | 21 | 12,7 | 16 | 7,5 | 122 | 25,9 | 129 | 24,3 |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr | 64 | 38,6 | 58 | 27,4 | 146 | 31,0 | 151 | 28,4 |
| Sonstige Dienstleistungen | 74 | 44,6 | 132 | 62,3 | 158 | 33,5 | 218 | 41,1 |
| Insgesamt | 166 | 100,0 | 212 | 100,0 | 471 | 100,0 | 531 | 100,0 |
| | Deutschland | | | | | | | |
| Land-/Forstwirtschaft | 47 | 5,1 | 41 | 3,7 | 284 | 11,4 | 248 | 9,1 |
| Produzierendes Gewerbe | 85 | 9,3 | 82 | 7,4 | 672 | 27,0 | 685 | 25,0 |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr | 334 | 36,5 | 311 | 28,0 | 732 | 29,4 | 732 | 26,7 |
| Sonstige Dienstleistungen | 450 | 49,1 | 678 | 61,0 | 805 | 32,3 | 1.075 | 39,2 |
| Insgesamt | 916 | 100,0 | 1.112 | 100,0 | 2.493 | 100,0 | 2.740 | 100,0 |

© IfM Bonn

Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, verschiedene Jahrgänge; Berechnungen des IfM Bonn

Tabelle 6: Selbstständigenquote in den Raumordnungsregionen des Landes Rheinland-Pfalz nach Geschlecht, 1995 und 2004

| Raumordnungsregion | Gesamt | | Männer | | Frauen | |
|------------------------|--------|------|--------|------|--------|------|
| | 1995 | 2004 | 1995 | 2004 | 1995 | 2004 |
| Mittelrhein-Westerwald | 9,0 | 10,4 | 11,3 | 13,4 | 5,5 | 6,1 |
| Trier | 10,7 | 10,7 | 13,1 | 13,4 | 6,8 | 7,2 |
| Rheinhessen-Nahe | 9,9 | 10,5 | 13,0 | 13,1 | 5,9 | 7,4 |
| Westpfalz | 8,5 | 10,3 | 10,7 | 13,8 | 5,4 | 5,8 |
| Rheinpfalz | 9,5 | 11,1 | 11,9 | 14,3 | 5,8 | 7,1 |
| Rheinland-Pfalz | 9,4 | 10,6 | 11,9 | 13,6 | 5,7 | 6,7 |

© IfM Bonn

Quelle: STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ: Mikrozensus, Bad Ems.

Im untersuchten Zeitraum hat sich die Selbstständigenquote der Frauen von 1995⁶ auf 2004 in den Regionen Trier und Westpfalz (jeweils + 0,4 Prozentpunkte) sowie Mittelrhein-Westerwald (+ 0,6 Prozentpunkte) schwächer entwickelt als im Landesdurchschnitt (+ 1,0 Prozentpunkt). Den stärksten Anstieg konnte die Region Rheinhessen-Nahe mit 1,5 Prozentpunkten verbuchen, die Rheinpfalz liegt mit einem Anstieg um 1,3 Prozentpunkte auf Rang 2.

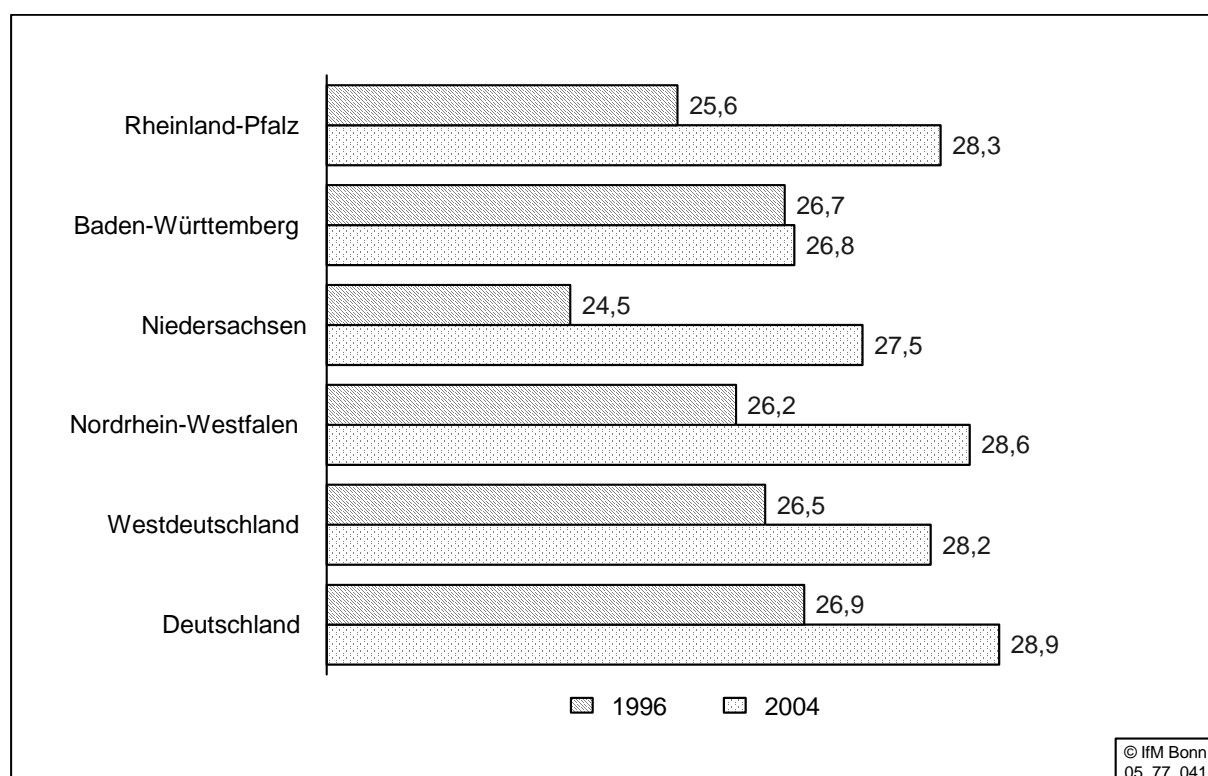
Die Selbstständigenquote der Männer verzeichnete im Untersuchungszeitraum für Rheinland-Pfalz insgesamt ein Plus von 1,4 Prozentpunkten. Überdurchschnittlich ist die Quote wiederum in den Regionen Rheinpfalz (+ 2,5 Prozentpunkte) und Mittelrhein-Westerwald (+ 1,9 Prozentpunkte) gestiegen. Ebenfalls über dem Landesdurchschnitt lag die Entwicklung in der Westpfalz (+ 1,9 Prozentpunkte), welche mit 13,8 % im Jahr 2003 die höchste Selbstständigenquote bei den Männern aufwies. Rheinhessen-Nahe hat sich in Bezug auf die Selbstständigenquote der Männer hingegen negativ und unter dem Landesdurchschnitt liegend entwickelt (- 0,5 Prozentpunkte). Die Region Trier weist im Hinblick auf die Entwicklung der Selbstständigenquote der Männer ebenfalls eine unterdurchschnittliche Entwicklung auf (+ 0,6 Prozentpunkte).

Der Frauenanteil an den Selbstständigen in Rheinland-Pfalz lag im Jahr 2004 bei 28,3 % und damit unter den Werten von Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt, aber über den Werten von Baden-Württemberg, Nie-

⁶ Die regionalen Angaben des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz umfassten für das Jahr 1996 Selbstständige inklusive mithelfende Familienangehörige, so dass für dieses Jahr keine Selbstständigenquote errechnet werden konnte. Daher wird in der regionalen Untersuchung der Zeitraum 1995 bis 2004 analysiert.

dersachsen und Westdeutschland (vgl. Abbildung 3). Mit einem Plus von 2,7 Prozentpunkten hat er sich von 1996 auf 2004 wesentlich besser entwickelt als der Frauenanteil an den Selbstständigen in Baden-Württemberg, Westdeutschland und Deutschland insgesamt. Lediglich Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen hatten eine ähnliche Steigerung zu verzeichnen. Abgesehen von Niedersachsen konnte Rheinland-Pfalz demnach seinen Abstand zu den anderen betrachteten Regionen im untersuchten Zeitraum verkürzen.

Abbildung 3: Frauenanteil an den Selbstständigen in %, 1996 und 2004



Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnisse des Mikrozensus); Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Berechnungen des IfM Bonn.

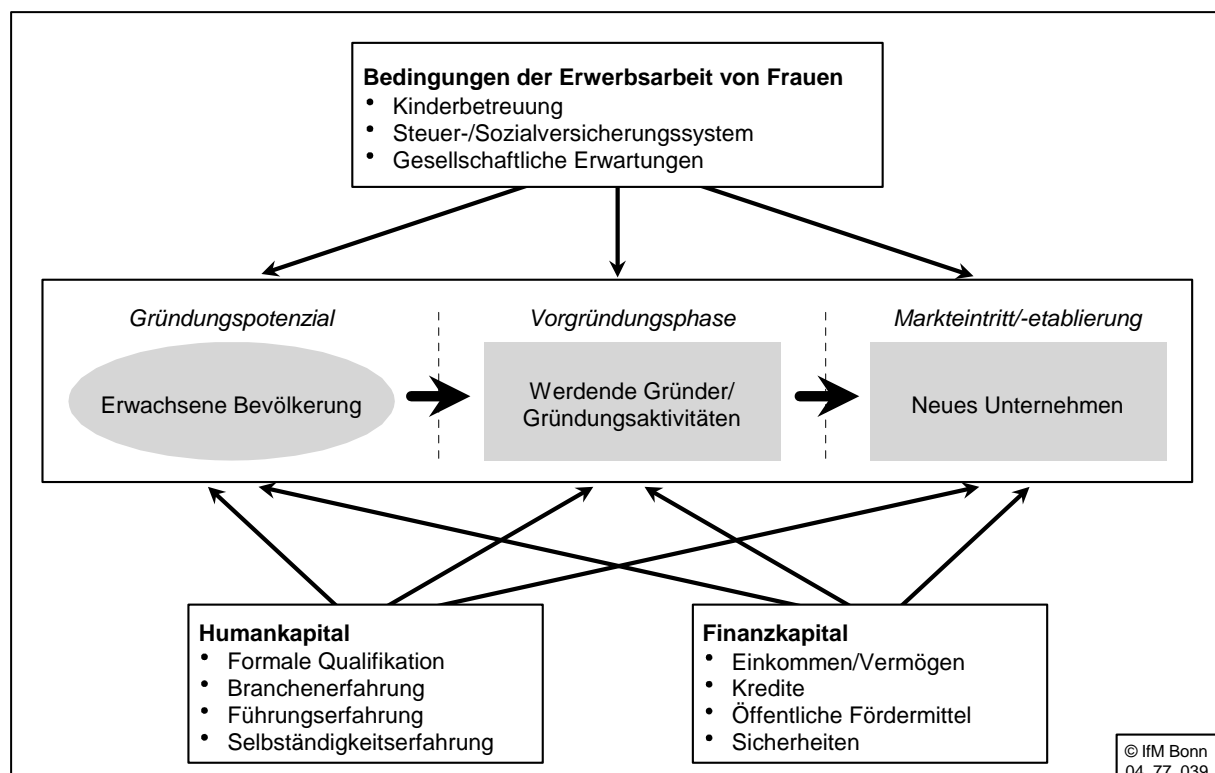
3. Gründe für die suboptimale Ausschöpfung des Gründungspotenzials

3.1 Stand der Forschung

Die statistische Analyse des Gründungsgeschehens in Rheinland-Pfalz hat deutlich gemacht, dass das Gründungspotenzial von Frauen noch nicht voll ausgeschöpft ist. Die Frage nach den Ursachen für diesen Befund konnte aufgrund der verfügbaren Datenbasis allerdings nur in Ansätzen beantwortet werden. Da die Frage nach genderspezifischen Besonderheiten der Gründungs-

neigung bereits seit geraumer Zeit Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen ist, liegt es nahe, diese Literatur im Hinblick auf die Fragestellung auszuwerten. Dabei gilt es, alle Phasen des Gründungsprozesses im weiteren Sinne, also von der Entwicklung eines Wunsches nach selbstständiger Tätigkeit über die Realisierung dieses Wunsches (Umsetzung der Gründung) bis zur Entwicklung des Unternehmens in den ersten Jahren, in den Blick zu nehmen (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Der Gründungsprozess: Ausgewählte Einflussfaktoren



Die Literaturanalyse hat ergeben, dass die geringere Gründungsneigung von Frauen bisher wissenschaftlich noch nicht vollständig erklärt werden kann (vgl. auch LEICHT u.a. 2004, PARKER 2004). Zumindest liegen jedoch gesicherte Erkenntnisse dahingehend vor, dass gründungsrelevante Einflussfaktoren im Wesentlichen den Kategorien Human-, Finanz- und Sozialkapital⁷ zuzuordnen sind (vgl. Abbildung 4). Hinsichtlich dieser Einflussfaktoren unterscheiden sich Frauen und Männer in Deutschland in ihrer Gesamtheit nach wie vor. So ver-

⁷ Unter Sozialkapital wird das soziale Umfeld, die Netzwerke und Netzwerkkontakte gefasst, über die der (potenzielle) Gründer verfügt und die ihn auf unterschiedliche Weise unterstützen, sei es emotional, finanziell, durch Informationen oder Zugang zu potenziellen Beschäftigten, Geschäftspartnern oder Kunden.

fügen Frauen im Durchschnitt in jeder dieser drei Kategorien über eine gründungsbezogen schlechtere Ausstattung als Männer. Dies reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen ein Gründungsinteresse entwickeln und eine Gründung vollziehen. Zusätzlich haben unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen, denen die beiden Geschlechter unterliegen, einen Einfluss auf die Gründungsneigung. Sie schlagen sich z.B. in der Zuschreibung der Zuständigkeit für Kinderbetreuung und Hausarbeit an die Frauen nieder. Eine Gründung ist für Frauen demnach mit höheren Opportunitätskosten verbunden (vgl. MittelstandsMonitor 2004).

Neuere Untersuchungen deuten darauf hin, dass bereits bei der Entwicklung eines Gründungsinteresses deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern auftreten und über die Vorgründungsphase und den Markteintritt hinaus weiterwirken. So äußern z.B. in der Gründerstudie des RWI Essen lediglich 7,4 % der Frauen im Vergleich zu 15,9 % der Männer einen Gründungswunsch. Wenn Frauen aber einmal eine Gründungsabsicht entwickelt haben, werden sie mit derselben Wahrscheinlichkeit die Unternehmensgründung vollziehen wie Männer mit Gründungsabsicht, so das Ergebnis einer multivariaten Analyse (vgl. MittelstandsMonitor 2004).

Zu ähnlichen Befunden gelangt eine aktuelle Untersuchung des IfM Bonn, die auf Befragungen von Besuchern von Gründungsmessen in Essen, Dresden und Berlin in den Jahren 2003 und 2004 beruhen (vgl. WERNER u.a. 2005). Diejenigen Messebesucher, die in der Messebefragung ein Gründungsinteresse zu Protokoll gaben, wurden rund zehn Monate nach Besuch der Messe ein weiteres Mal befragt. Obwohl Frauen rund die Hälfte des Gründungspotenzials bilden (ausgehend von der erwachsenen Bevölkerung), stellen sie nur rund 40 % der Gründungsinteressierten und rund 40 % der Gründer.⁸ Es zeigt sich also, wie in der RWI-Gründerstudie, dass es bereits beim Übergang vom Gründungspotenzial zur Entwicklung von Gründungsinteresse zur Diskrepanz zwischen den Geschlechtern kommt. Diese Diskrepanz tritt dann aber in den nachfolgenden Stufen des Gründungsprozesses nicht mehr auf. Anhand von multivariaten Analysen können WERNER u.a. (2005) zeigen, dass unter sonst gleichen Bedingungen vom Geschlecht des Messebesuchers kein Einfluss

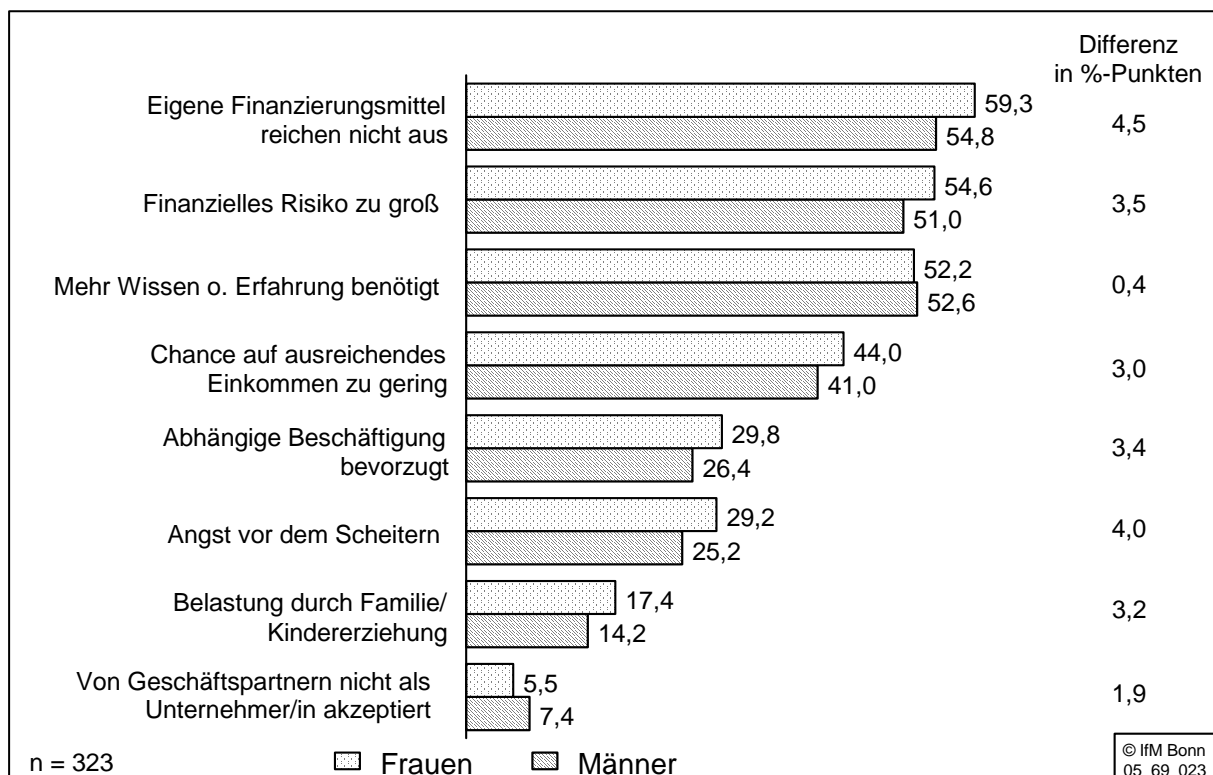
⁸ Rund zehn Monate nach Besuch der Messe hatte etwa ein Drittel der Befragten mit Gründungsinteresse die Unternehmensgründung vollzogen.

darauf ausgeht, ob ein Messebesucher eine ausgeprägte Gründungsabsicht hat oder den Schritt in die Selbstständigkeit vollzieht.

Die Unterschiede hinsichtlich der gründungsrelevanten Einflussfaktoren wirken sich auch auf die Art der von den jeweiligen Geschlechtern gegründeten Unternehmen aus. Wegen der Unterschiede in der Human- und Finanzkapitalausstattung gründen Frauen z.B. stärker im Bereich der personennahen Dienstleistungen, wohingegen von Männern gegründete Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe überrepräsentiert sind.

Die gründungsprozessorientierte Untersuchung von WERNER u.a. (2005) analysiert auch die Ursachen dafür, dass etwa zwei Drittel der Befragten rund zehn Monate nach der ersten Befragungswelle ihre Gründungsabsicht noch nicht in die Tat umgesetzt haben und ob diesbezüglich Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5: Gründe für die (noch) nicht vollzogene Gründung nach Geschlecht - in % (Mehrfachnennungen)



Quelle: WERNER u.a. (2005)

Am häufigsten werden sowohl von Frauen als auch von Männern nicht ausreichende eigene Finanzierungsmittel als Grund für die (noch) nicht vollzogene

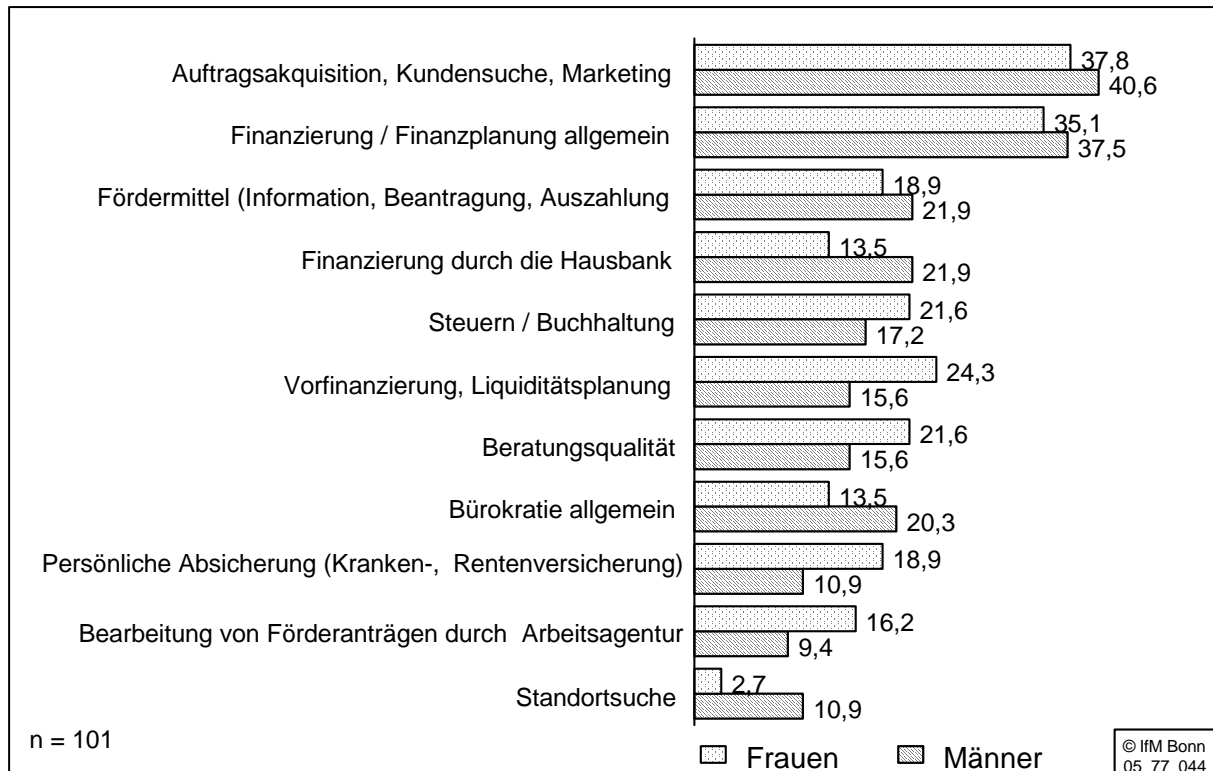
Gründung angeführt, gefolgt von einem zu hohen, mit der Gründung verbundenen, finanziellen Risiko und nicht ausreichendem Wissen und Erfahrung für die Umsetzung des Gründungsvorhabens. Mehr als 40 % der Befragten haben das Gründungsvorhaben (noch) nicht realisiert, weil sie die Chance auf ein ausreichendes Einkommen als zu gering einschätzen. Knapp 30 % der Befragten ziehen doch eine abhängige Beschäftigung der Selbstständigkeit vor bzw. scheuen aus Angst vor dem Scheitern vor dem Schritt in die Selbstständigkeit zurück. Sämtliche in Abbildung 5 aufscheinenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind allerdings statistisch nicht signifikant. Selbst Gründe wie "Die Belastung durch die Familie/Kindererziehung war zu hoch" oder "Ich wurde von Geschäftspartnern nicht als Unternehmer/in akzeptiert", bei denen u.U. eine höhere Betroffenheit von Frauen zu erwarten gewesen wäre, weisen keinerlei statistisch signifikante Geschlechtsspezifität auf.

Für die Entwicklung der neu gegründeten Unternehmen ist von Bedeutung, mit welchen Problemen die Gründer/innen während der Gründungsvorbereitung bzw. beim Vollzug der Gründung konfrontiert waren. Hierüber gibt die Folgebefragung der Besucher der Gründungsmesse Essen Auskunft. Die überwiegende Mehrheit der Gründer hat mit einem oder mehreren Problem/en in der Startphase zu kämpfen. Wie aus früheren Untersuchungen bekannt (vgl. z.B. IfM Bonn 2000), stellen der Finanzierungs- und Absatzbereich die Gründer am häufigsten vor Schwierigkeiten, so auch die nordrhein-westfälischen Gründer der Jahre 2003/2004 (vgl. Abbildung 6). Knapp 37 % der Gründer mit Problemen hatten allgemeine Schwierigkeiten mit der Finanzierung, weitere knapp 19 % Schwierigkeiten mit der Finanzierung durch die Hausbank, rund 21 % hatten Probleme im Zusammenhang mit finanziellen Fördermitteln und knapp 19 % hatten Probleme bei der Vorfinanzierung ihres Gründungsvorhabens. Fasst man all diese Nennungen zusammen, dann nehmen Probleme im Finanzierungsbereich mit Abstand den ersten Rang ein. Damit unterscheiden sich diese Befragten von Gründern früherer Jahre, für die Finanzierungsprobleme keine derartige Dominanz hatten. Knapp 40 % der Gründer mit Problemen sahen Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Kunden. Etwa jeder fünfte Gründer sah Probleme im Bereich Rechnungswesen und Steuern, und für weitere knapp 18 % stellten die bürokratischen Anforderungen, die mit der Gründung eines Unternehmens einhergehen, Probleme dar.

Die in Abbildung 6 aufgeführten geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Problembetroffenheit erweisen sich als statistisch nicht signifikant, Gründer

und Gründerinnen sehen sich also vergleichbaren Problemen auch in einem vergleichbaren Ausmaß ausgesetzt.

Abbildung 6: Drei Hauptprobleme während der Gründung/svorbereitung nach Geschlecht des Gründers, Mehrfachnennungen, in %



Quelle: START-Messe-Befragung des IfM Bonn 2003, Folgebefragung 2004

Zahlreiche Untersuchungen haben sich mit der Frage auseinandergesetzt, ob die unterdurchschnittliche Ausstattung von Gründerinnen mit Startkapital alleine auf ihre unterdurchschnittliche Ausstattung mit Eigenkapital und eine möglicherweise geringere Risikoneigung zurückzuführen ist oder ob Frauen bei der Bewilligung von Gründungskrediten oder Fördermitteln ungerechtfertigt benachteiligt werden. Die vorliegenden Befunde sind widersprüchlich (vgl. auch LEICHT u.a. 2004), der überwiegende Teil der Studien deutet jedoch nicht auf eine systematische Benachteiligung von Frauen in den genannten Bereichen hin.⁹ Dies bedeutet allerdings nicht, dass Frauen im Einzelfall nicht doch einer ungerechtfertigten Benachteiligung durch Kreditinstitute ausgesetzt sein können.

⁹ Siehe hierzu u.a. JUNGBAUER-GANS (1993), ROSA u.a. (1994), FABOWALE u.a. (1995), CARTER/ROSA (1998), VERHEUL/THURIK (2001), KAY (2004).

3.2 Das Gründungsumfeld in Rheinland-Pfalz

Das Gründungsumfeld wird im Wesentlichen durch die im Bereich Gründungsförderung und -unterstützung tätigen Institutionen und den von ihnen angebotenen Leistungen gebildet. Aus der Genderperspektive kommt als bedeutsame Rahmenbedingung das Kinderbetreuungsangebot hinzu. Bevor die rheinland-pfälzischen Förderinstitutionen und -programme näher beleuchtet werden, richtet sich der Blick zunächst auf das Kinderbetreuungsangebot.

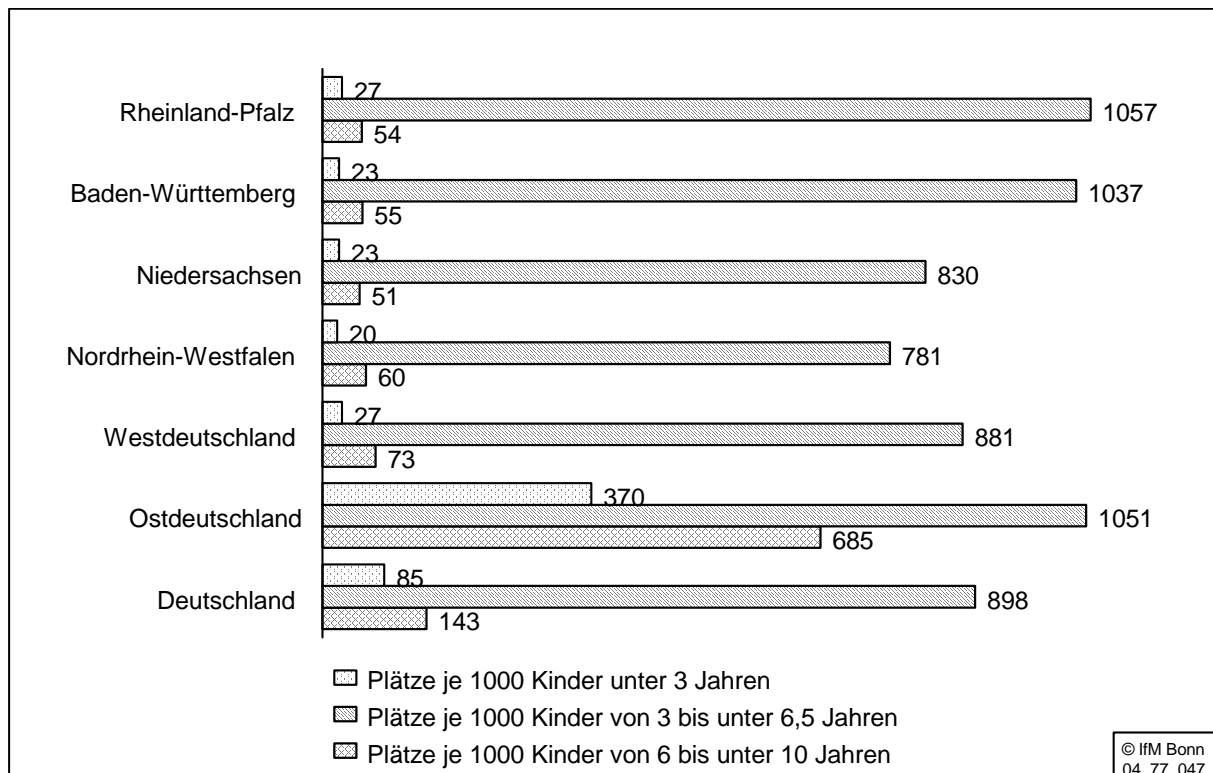
3.2.1 Das Kinderbetreuungsangebot

Inwieweit (insbesondere) Frauen Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren können, entscheidet neben anderen Einflussfaktoren darüber, ob und in welchem Umfang Frauen (mit Kindern) erwerbstätig sind. Einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Vereinbarkeitsproblematik leistet das öffentliche Kinderbetreuungsangebot. Rheinland-Pfalz verfügt von allen westdeutschen Ländern über das umfangreichste Angebot an Plätzen für Kinder im Alter von 3 bis 6,5 Jahren, gemessen an der Zahl der Kinder (vgl. Abbildung 7). Zumindest statistisch gesehen steht für jedes Kind in dieser Altersgruppe ein Platz zur Verfügung. Deutlich schlechter stellt sich das Angebot für Kinder im Krippen- und im Hortalter dar, sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in den übrigen westdeutschen Ländern. Auch wenn keine Daten über die jeweilige Nachfrage vorliegen, muss dieses Angebot als unzureichend klassifiziert werden. Dem wird das zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz des Bundes entgegenwirken, das die Kommunen verpflichtet, die Betreuung für Kinder unter 3 Jahren bis spätestens zum Jahr 2010 bedarfsgerecht auszubauen. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz wird die Kommunen des Landes bei der Umsetzung dieses Gesetzes durch das Programm "Zukunftschance Kinder - Bildung von Anfang an" (finanziell) unterstützen.¹⁰ Darüber hinaus sieht das Programm eine Öffnung von Kindergartengruppen über die bestehenden Möglichkeiten hinaus für bis zu sechs Zweijährige ab 1. August 2006 vor; ab 2010 werden alle Zweijährigen einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Der Unterversorgung mit Plätzen im Hortalter tritt die

¹⁰ Dieses Programm sieht eine Erhöhung des Landesanteils an den Personalkosten in Kinderkrippen um 10 Prozentpunkte vor (vgl. Pressemitteilung des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend vom 15.2.2005).

Landesregierung mit der Ausweitung des Angebots an Ganztagschulen entgegen. Bis zum Jahr 2006 sollen 300 Ganztagschulen entstehen.¹¹

Abbildung 7: Verfügbare Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12.2002 nach der Anzahl der Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Hortalter nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt: Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12.2002 (Arbeitsunterlagen), Wiesbaden

Zwar liegen keine Daten zum zeitlichen Umfang der angebotenen Plätze vor, aber es deutet gegenwärtig vieles darauf hin, dass das zeitliche Angebot der Kinderbetreuung auch nach Abschluss dieser Maßnahmen nicht den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern vollständig entsprechen wird. Insbesondere für Frauen, die eine selbstständige Tätigkeit in Vollzeit anstreben, was in Hinsicht auf die Qualität des Unternehmens grundsätzlich als vorteilhaft zu beurteilen ist, stellen diese Defizite eine große Hürde dar.

¹¹ Bei einer Gesamtzahl von 1.626 allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2004/2005 (ohne Schul- und Förderschulkindergärten sowie Kollegs und Abendgymnasien) wären dann etwa 18,5 % aller Schulen Ganztagschulen.

3.2.2 Die Förderinstitutionen und -programme

Die rheinland-pfälzischen Förderinstitutionen und -programme wurden auf der Basis von Internetrecherchen¹², Dokumentenanalysen¹³ und Gesprächen mit mehr als 30 Expert/innen und rund 20 (potenziellen) Gründerinnen systematisch erfasst.¹⁴ Die Gespräche wurden zumeist in Form von Diskussionsrunden durchgeführt, in denen v.a. Vertreter/innen der rheinland-pfälzischen Förderinstitutionen Einschätzungen u.a. zu spezifischen Förderbedürfnissen von Frauen sowie zu den Stärken und Schwächen des rheinland-pfälzischen Gründungsumfelds abgegeben, aber auch Verbesserungsvorschläge unterbreitet haben.

Auf diese Weise konnten mehr als 180 Institutionen, Projekte und Programme identifiziert werden, die ein breites inhaltliches Spektrum abdecken (vgl. Abbildung 8).¹⁵ Die weit überwiegende Zahl der von den Institutionen angebotenen Leistungen sind den Kategorien Information, Beratung sowie Qualifizierung einerseits und Finanzierung andererseits zuzuordnen. Einen wesentlichen Bestandteil der rheinland-pfälzischen Gründungsinfrastruktur bilden überdies besondere Programme zur Förderung technologieorientierter Gründungen und Unternehmen.

Bereits seit einigen Jahren misst die rheinland-pfälzische Gründungsförderung darüber hinaus der möglichst frühzeitigen Sensibilisierung von Jugendlichen für die unternehmerische Selbstständigkeit ein besonderes Gewicht bei und

¹² Zu den Hauptinformationsquellen zählten die Internetseiten der einzelnen Förderinstitutionen und -programme einschließlich deren Internet-Link-Sammlungen, die Förderdatenbank des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) sowie verschiedene Gründungskataloge wie z.B. der KfW-Gründungskatalog oder der Katalog der bundesweiten Gründerinnenagentur.

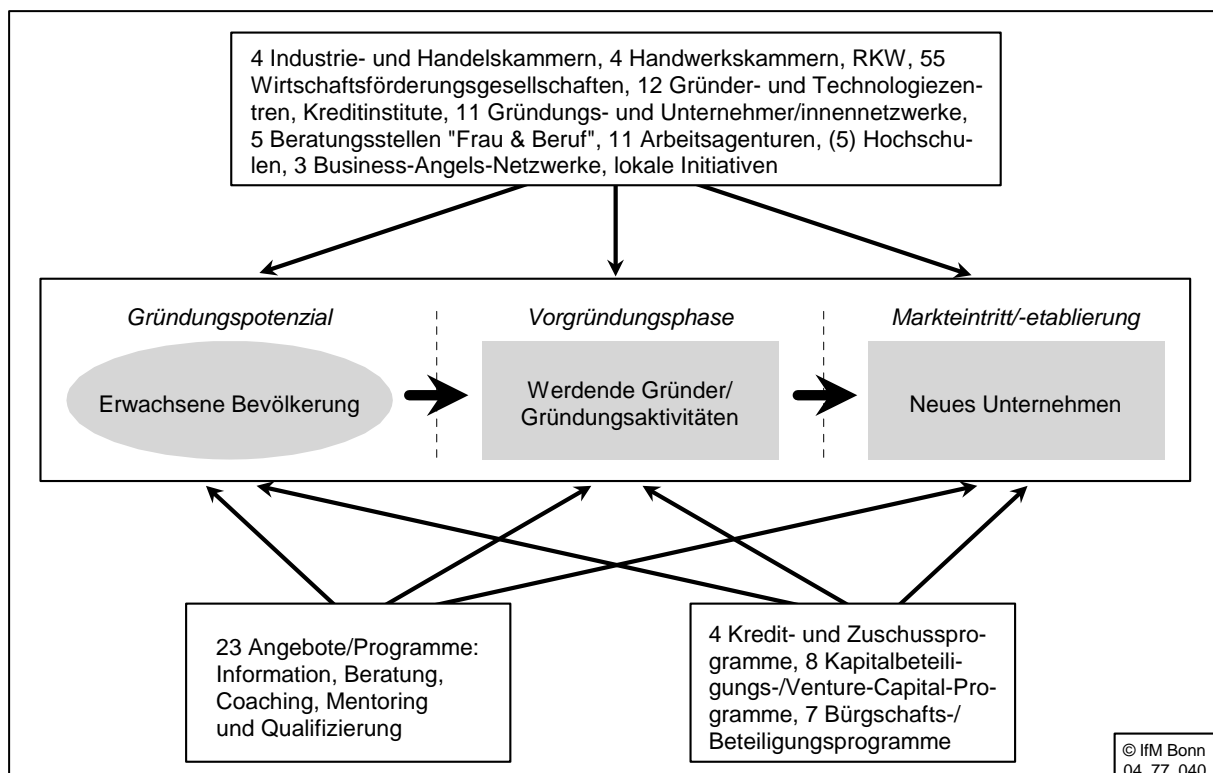
¹³ Gestützt auf umfangreiches Informationsmaterial des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) sowie auf ergänzende Broschüren und Presseberichte von bzw. zu den einzelnen Förderinstitutionen und -programmen.

¹⁴ Die Bestandsaufnahme konzentriert sich auf rheinland-pfälzische Förderangebote und schließt damit entsprechende Angebote des Bundes und der Europäischen Union von der Betrachtung aus. Darüber hinaus wurden nur diejenigen Institutionen und Programme erfasst, die vorrangig auf die Förderung von Gründerinnen und Gründern sowie von jungen Unternehmen abzielen.

¹⁵ Auf eine detaillierte Darstellung der vielfältigen Förderangebote wird aus Platzgründen verzichtet. Eine systematische und übersichtliche Beschreibung der einzelnen Angebote findet sich in einem gesonderten Band, der auf der Homepage des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau heruntergeladen werden kann.

bietet demzufolge in Kooperation mit Schulen, Unternehmen, Verbänden oder Projektträgern eine größere Zahl von entsprechenden Programmen und Projekten an. Mit Hilfe von speziellen Initiativen zur Unterstützung von Existenzgründungen aus den rheinland-pfälzischen Hochschulen wird ebenfalls seit einigen Jahren das Potenzial der innovativen und wissensbasierten Unternehmensgründungen aus Hochschulen verstärkt ausgeschöpft.

Abbildung 8: Das Gründungsumfeld in Rheinland-Pfalz: Wesentliche Institutionen und Angebote



Das rheinland-pfälzische Gründungsumfeld zeichnet sich auch dadurch aus, dass es in verschiedenen Bereichen neuartige Förderansätze verfolgt, die es in dieser Form nicht in allen Bundesländern gibt. An erster Stelle ist hier das landesweite Netzwerk der 26 Starterzentren zu nennen, die von den Wirtschaftskammern als zentrale Anlaufstellen für Existenzgründer, junge Unternehmen und Unternehmensnachfolger betrieben werden. Rheinland-Pfalz ist damit das erste Bundesland, das flächendeckend eine gemeinsame Informations- und Beratungsplattform für Unternehmensgründer geschaffen hat. Auch die bereits seit 1996 unter verschiedenen Themenschwerpunkten veranstaltete Gründeroffensive trägt öffentlichkeitswirksam dazu bei, eine Kultur der Selbstständigkeit zu schaffen und dabei von Jahr zu Jahr unterschiedliche Aspekte des Gründungsgeschehens und der -förderung ins Zentrum zu stellen.

Zu den neuartigen Förderansätzen zählen schließlich auch das Unternehmerpraktikum des Instituts für Unternehmerisches Handeln (IUH), die gezielte Förderung benachteiligter Gründungsinteressierter im Rahmen des Mainzer-GründungsNetzwerks, der Multimedia Internet Park - MIP, die Visitenkartenpartys des bic Kaiserslautern, das vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau eingerichtete Technologieportal im Internet sowie das von "fit-exist-trier" entwickelte Konzept der GründungsWerkstätten.

Das Angebot an Unterstützungsleistungen für rheinland-pfälzische Gründer/innen und Jungunternehmer/innen ist mithin sehr umfangreich und vielfältig. Die Vielzahl und Vielfalt der Institutionen, Projekte und Programme ist, da auf diese Weise nahezu alle denkbaren Bedarfe von (potenziellen) Gründer/innen abgedeckt werden, einerseits zu begrüßen. Andererseits trägt sie zur Intransparenz des Angebots bei. Dies hat zur Folge, dass das Förderangebot den (potenziellen) Gründer/innen und Unternehmer/innen teils nicht hinreichend bekannt ist. Darunter leiden das Ausmaß der Inanspruchnahme und ggf. auch die optimale Zielerreichung des Förderzweckes. Lücken im Angebot konnten vor allem hinsichtlich längerfristiger Unterstützungsangebote im Bereich Beratung, Coaching und Mentoring identifiziert werden.

Die große Mehrheit der Förderangebote deckt das ganze Land Rheinland-Pfalz ab. Einzig in der Landeshauptstadt Mainz besteht ein größeres Angebot an regional begrenzten Unterstützungsleistungen. In einzelnen ländlichen Regionen ist die Vielfalt des Förderangebots erwartungsgemäß nicht so groß.

Die Qualität der einzelnen Angebote konnte im Rahmen der Untersuchung nicht beurteilt werden. Hinweise darauf, dass Frauen im Vergleich zu Männern mit den Leistungen weniger zufrieden wären, liegen nicht vor. Das bedeutet allerdings nicht, dass die angebotenen Leistungen immer zufrieden stellend wären. Darauf deuten Äußerungen einzelner Expert/innen, aber auch (potenzieller) Gründerinnen aus Rheinland-Pfalz hin.

Der weit überwiegende Teil des rheinland-pfälzischen Förderangebots für Gründer/innen und Unternehmer/innen steht Frauen und Männern gleichermaßen offen. Nur 16 Fördermaßnahmen sind ausschließlich für (potenzielle) Gründerinnen und Unternehmerinnen konzipiert. Soweit statistische Daten zur Inanspruchnahme der Fördermaßnahmen verfügbar sind, deuten diese zum Teil darauf hin, dass das reichhaltige Förderangebot nicht immer auch von einer großen Zahl von Gründer/innen und Unternehmer/innen in Anspruch ge-

nommen wird. Sofern nach Geschlecht differenzierende Daten recherchiert werden konnten, deuten sie in den wenigsten Fällen darauf hin, dass Frauen unterproportional an den Programmen und Projekten partizipieren. Die Ausgestaltung vieler anderer Programme und Projekte - kein Ausschluss von Wirtschaftsbereichen oder Nebenerwerbs- bzw. Teilzeitselbstständigkeit - lässt vermuten, dass diese auch in einem Ausmaß von Frauen in Anspruch genommen werden, das ihrem Anteil am Gründungsgeschehen entspricht. Anders dürfte der Fall bei den meisten finanziellen und technologieorientierten Förderprogrammen liegen, weil die von Frauen gegründeten und geführten Unternehmen die Zugangsvoraussetzungen in den seltensten Fällen erfüllen. Sofern diese Zugangsvoraussetzungen sachlich begründet sind, gelten diese Programme allerdings nicht als (mittelbar) Frauen diskriminierend.

Um die inhaltliche Differenziertheit des rheinland-pfälzischen Förderangebots noch weiter bewerten zu können, aber auch um Anregungen für neu einzurichtende Förderangebote bzw. für die Integration von innovativen Förderkomponenten in bestehende Förderangebote zu erhalten, wurde - ebenfalls auf der Basis von Internetrecherchen und Dokumentenanalysen - ein Benchmarking des Förderangebots in Rheinland-Pfalz gegenüber demjenigen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass alle drei Bundesländer in den Bereichen Information, Beratung und Qualifizierung, Finanzierungsförderung und Sensibilisierung häufig vergleichbare Förderinstitutionen und -programme für Gründer/innen und Jungunternehmer/innen entwickelt haben. Dies gilt in besonderem Maße für diejenigen Förderangebote, die landesweit angeboten werden. Auf regionaler Ebene werden dagegen häufig in Modellprojekten neuartige, innovative Förderansätze zunächst in kleinerem Maßstab erprobt, die in den jeweils anderen Bundesländern in der Form oftmals (noch) nicht existieren.

Das rheinland-pfälzische Förderangebot ist, so lässt sich insgesamt festhalten, grundsätzlich ähnlich differenziert und reichhaltig wie jenes in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen existieren neuartige und innovative Förderansätze, die es in der Form (noch) nicht in anderen Bundesländern gibt.

4. Ansatzpunkte zur Ausschöpfung des Gründungspotenzials insbesondere von Frauen: die Handlungsempfehlungen

4.1 Vorüberlegungen zur Gestaltung und Strukturierung der Handlungsempfehlungen

Aus den vorangegangenen Analysen ergibt sich eine Reihe von Schlussfolgerungen, von denen folgende von besonderer Bedeutung für die Ableitung der Handlungsempfehlungen sind:

- Die geringere Gründungsneigung von Frauen liegt vor allem in ihrer unterdurchschnittlichen Ausstattung in den als gründungsrelevant identifizierten Einflussfaktoren, die im Wesentlichen den Kategorien Human-, Finanz- und Sozialkapital zuzuordnen sind, begründet. Zusätzlich haben unterschiedliche gesellschaftliche Erwartungen, denen Frauen und Männer unterliegen, einen negativen Einfluss.
- Da sich die Schere hinsichtlich der Gründungsneigung zwischen den Geschlechtern bereits in der ersten Phase des Gründungsprozesses öffnet, also bei der Entwicklung eines Gründungsinteresses, und sich der Abstand in den nachfolgenden Stufen nicht weiter vergrößert, ist die Diskrepanz in der Gründungsneigung der Geschlechter offenbar weniger auf Hemmnisse und Hürden im (Vor)Gründungsprozess zurückzuführen, sondern hat ihre Ursachen vielmehr insbesondere in Umständen, die zur Entwicklung von Gründungsinteresse führen.
- Wenn es also darum geht, das Gründungspotenzial von Frauen stärker auszuschöpfen, sollten die stimulierenden Maßnahmen nicht erst beim (Vor)Gründungsprozess ansetzen, sondern langfristig gerade auch auf Lebensphasen abzielen, in denen sich die Einstellung gegenüber beruflicher Selbstständigkeit herausbildet bzw. in denen die grundlegenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche unternehmerische Tätigkeit geschaffen werden.
- Da keine (statistisch) nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Gründen für ein (noch) nicht realisiertes Gründungsvorhaben bzw. den Gründungsproblemen vorliegen, bedürfen Maßnahmen, die in diesen Phasen des Gründungsprozesses ansetzen, im Wesentlichen keiner geschlechtsspezifischen Ausrichtung. Dies schließt allerdings gegebenenfalls eine geschlechtersensible Ausgestaltung einer Maßnahme, also die Be-

rücksichtigung spezifischer Bedürfnisse des weiblichen und des männlichen Teils der Zielgruppe, nicht aus.

Die Vorarbeiten haben deutlich gemacht, dass keine völlige Neustrukturierung oder -gestaltung des rheinland-pfälzischen Gründungsumfeldes erforderlich ist. Die Handlungsempfehlungen werden vielmehr auf den vorhandenen Strukturen und Maßnahmen aufbauen. Sie werden demnach Bewährtes integrieren, Projekte, die den veränderten Rahmenbedingungen nicht mehr entsprechen, modernisieren und für die noch identifizierten Lücken neue Maßnahmen vorschlagen, wobei der Schwerpunkt auf Maßnahmen im Bereich Vergrößerung, Sensibilisierung und Aktivierung des Gründungspotenzials (insbesondere von Frauen) liegen wird. Wo Überschneidungen bestehen, werden schließlich Vorschläge zur Straffung gemacht.

Die Analysen haben zudem gezeigt, dass es, um die angestrebten Ziele zu erreichen, nicht genügt, einige neue Maßnahmen zu schaffen und/oder bestehende zu modifizieren. Zugleich ist es erforderlich, die Strukturen der rheinland-pfälzischen Gründungsförderung zu optimieren, um die vorhandenen Potenziale besser ausschöpfen zu können. Konkret geht es hier vor allem um eine noch bessere Koordination der (Gründungs)Förderakteure sowie eine Verbesserung der Transparenz und Vermarktung des Förderangebots.

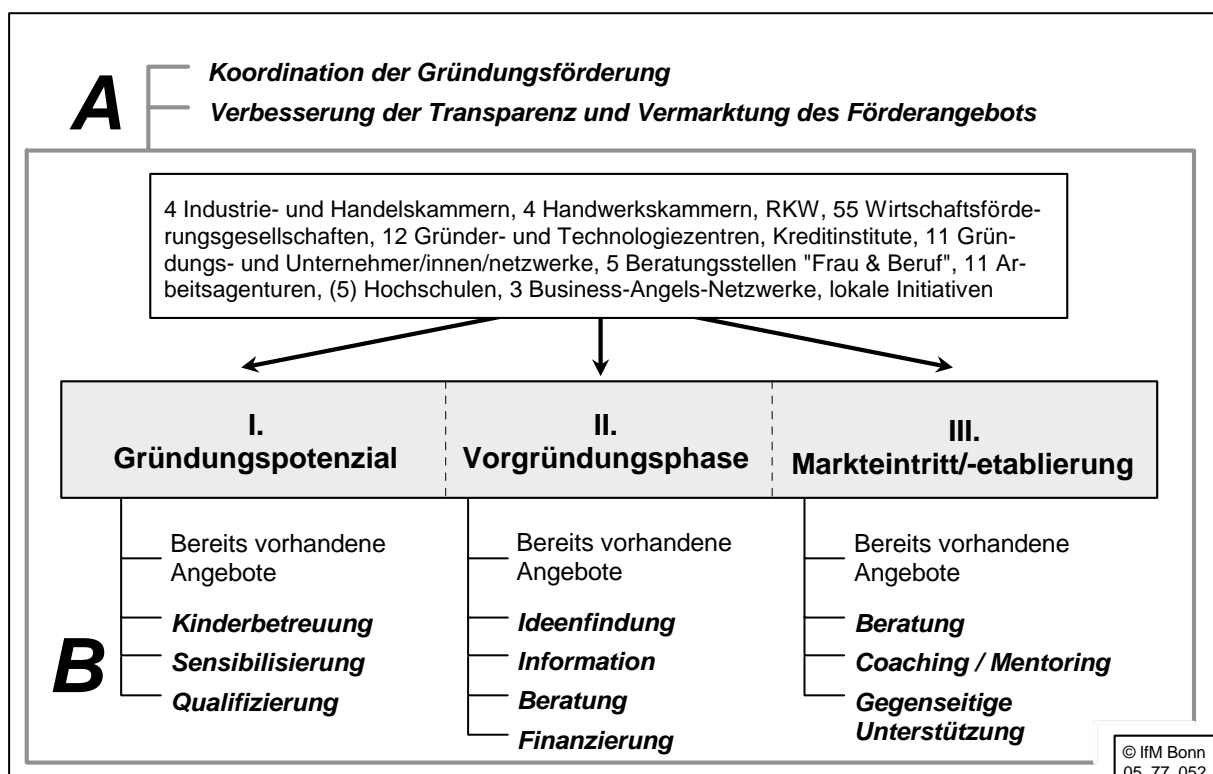
Die Handlungsempfehlungen orientieren sich in ihrem Aufbau an diesen beiden Schwerpunkten (vgl. Abbildung 9): Maßnahmen zur Verbesserung der Förderstrukturen (A) und Maßnahmen zur Optimierung des Förderangebots (B). Letztere wiederum richten sich an den einzelnen Phasen des Gründungsprozesses - Sensibilisierung und Aktivierung des Gründungspotenzials, Vorgründungsphase, Markteintritt und Frühentwicklung - aus. Innerhalb der einzelnen Phasen werden die Maßnahmen schließlich zentralen Förderkategorien zugeordnet.¹⁶

Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich im Jahr 2000 auf Gender Mainstreaming als Strategie und Leitlinie des politischen Handelns verpflichtet.

¹⁶ Insbesondere bei komplexeren Förderangeboten ist die Zuordnung zu einzelnen Förderkategorien nicht immer eindeutig. So können einzelne Förderakteure z.B. Unterstützungsleistungen für mehrere Phasen des Gründungsprozesses bzw. zu unterschiedlichen Fördergebieten (z.B. Beratung, Coaching und Qualifizierung) anbieten. Diese Maßnahmen werden entsprechend ihrer Hauptzielrichtung jeweils einer Kategorie zugeordnet und nicht weiter in Teilkomponenten unterteilt.

Diese Leitlinie gilt es bei der Entwicklung der Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen. Konkret bedeutet dies, bei der Gestaltung der einzelnen Maßnahmen darauf zu achten, dass sie Frauen und Männern eine gleichberechtigte Partizipation an den Maßnahmen ermöglichen. Es geht i.d.R. also nicht darum, speziell auf Frauen ausgerichtete Maßnahmen zu konzipieren. Diese sind vielmehr so zu gestalten, dass sie die spezifischen Bedürfnisse von Gründerinnen und Unternehmerinnen sowie veränderte wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen mitberücksichtigen. Eine bloße geschlechtsneutrale Ausgestaltung von Maßnahmen genügt den Erfordernissen des Gender Mainstreaming nicht. Allerdings können speziell auf Frauen ausgerichtete Maßnahmen auch gegenwärtig noch sinnvoll sein, und zwar dann, wenn eine Dominanz der an der Maßnahme beteiligten Männer eine angemessene Entfaltung der beteiligten Frauen unmöglich macht.

Abbildung 9: Handlungsempfehlungen: Struktur und Maßnahmeschwerpunkte



Um Stigmatisierungen zu vermeiden, erscheint es im Zusammenhang mit der Gründungs- und Unternehmensförderung grundsätzlich ratsam, weniger in Geschlechtern als vielmehr in Typologien zu denken und zu handeln. Für bestimmte Typen von Unternehmen treten häufig vergleichbare Problemlagen auf, unabhängig davon, ob das Unternehmen von einer Frau oder einem Mann

geführt wird. Auch diesen Grundsatz gilt es bei der Entwicklung der Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen.

4.2 Optimierung der Strukturen der Gründungsförderung

4.2.1 Koordination der Gründungsförderung

- Einrichtung eines ständigen Beirates "Förderung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen in Rheinland-Pfalz" beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Gegenwärtig existiert in Rheinland-Pfalz keine Institution, die die von öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Institutionen entwickelten Politikmaßnahmen und Förderangebote zugunsten von (potenziellen) Gründerinnen und Unternehmerinnen koordiniert. Zudem sind die Förderakteure häufig nur unzureichend über Programme und Projekte informiert, die in anderen Regionen ähnliche Zielsetzungen verfolgen, so dass das Lernen voneinander und der Austausch von "Good-Practice"-Beispielen verbesserungsfähig sind.

Dem könnte durch einen beim Wirtschaftsministerium zu etablierenden, regelmäßig tagenden Beirat, der sich mit dem Thema "Förderung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen in Rheinland-Pfalz" befasst, abgeholfen werden. Um einerseits den hohen Stellenwert der Gründerinnen- und Unternehmerinnenförderung herauszustellen und andererseits die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zu erleichtern, sollte die Leitung und Moderation des Beirates hochrangig - z.B. auf Staatssekretäresebene - im Ministerium angesiedelt werden. Dem Beirat sollten neben Mitarbeiter/innen des Ministeriums u.a. Vertreter/innen von Förder- und Beratungseinrichtungen, Wirtschaftskammern, Arbeitsagenturen, Verbänden, Verwaltungsbehörden, Forschungsinstituten, Kreditinstituten und nicht zuletzt rheinland-pfälzische (Jung)Unternehmerinnen und ggf. Repräsentantinnen von Frauenunternehmensverbänden angehören.¹⁷

Eine weitere wesentliche Aufgabe des Beirates könnte in einem Controlling der rheinland-pfälzischen Aktivitäten im Bereich Gründerinnen- und Unter-

¹⁷ Ein in höherem Maße institutionalisiertes, aber grundsätzlich vergleichbares Modell einer Public-Private-Partnership zur Förderung von Gründerinnen und Unternehmerinnen wird in den USA auf Ebene der Bundesregierung bereits seit einigen Jahren erfolgreich praktiziert (vgl. KAY u.a. 2003, S. 185 ff.).

nehmerinnenförderung liegen. Er könnte ggf. neuartige Fördermodelle und Wege einer effektiven Zielgruppenansprache anregen, u.U. auch eigene (koordinierte) Aktionen und Projekte entwickeln und umsetzen. Außerdem sollte der Beirat zur Schaffung eines positiven Klimas für weibliches Unternehmertum beitragen, frauenspezifische Schwierigkeiten aufspüren und Lösungsvorschläge entwickeln. Indem die Teilnehmer/innen in ihren eigenen Netzwerken von den Ergebnissen des Beirates berichten und von dort Anregungen entgegen nehmen und an den Beirat weiterleiten, wäre zudem eine große Breitenwirkung dieser Einrichtung gewährleistet.¹⁸

- Schaffung eines landesweiten (koordinierenden) Gründungsnetzwerks

Zur besseren Vernetzung der bestehenden Institutionen zur Förderung von Gründer/innen und Unternehmer/innen wird die Schaffung eines landesweiten (übergeordneten) Gründungsnetzwerkes vorgeschlagen, das seinerseits die bereits bestehenden regionalen Netzwerke untereinander vernetzt, den interregionalen Informationsaustausch befördert sowie gemeinsame Aktivitäten entwickelt und koordiniert. Da sich die bestehenden regionalen Gründungsnetzwerke größtenteils auf die Region im Umfeld der Oberzentren Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Kaiserslautern konzentrieren, wird der Aufbau entsprechender (großflächigerer) Gründungsnetzwerke auch in den ländlichen Regionen empfohlen. Der Aufbau eines derartigen landesweiten Netzwerkes könnte sich z.B. an dem Go! Gründungsnetzwerk NRW orientieren.

Eine Alternative zu einem landesweiten Gründungnetzwerk stellte ein regelmäßiger, im Wirtschaftsministerium tagender Gesprächskreis dar, der sich aus Vertreter/innen der regionalen Gründungsnetzwerke zusammensetzt.

4.2.2 Koordination und Grundfinanzierung der Förderung von Gründungen aus Hochschulen

Gründungen aus Hochschulen kommt zweifellos besondere Bedeutung zu. Die Initiativen, die in diesem Bereich in Rheinland-Pfalz aktiv sind, stehen vor dem Problem, dass ihre finanzielle Förderung zeitlich zumeist eng befristet ist, was eine kontinuierliche personelle Ausstattung und damit eine effiziente Arbeit erschwert. Um hier Abhilfe zu schaffen, wird der Aufbau einer koordinierenden

¹⁸ Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn Förderakteure aus verschiedenen rheinland-pfälzischen Regionen in dem Beirat vertreten wären.

Stelle (u.U. in Verbindung mit einer Stiftung) durch das Wirtschaftsministerium vorgeschlagen, deren Aufgabe es wäre, Sponsorengelder einzuwerben, das Hochschulnetzwerk zu koordinieren und öffentliche Fördermittel auf die einzelnen Hochschulprojekte zu verteilen.¹⁹

Aufgrund der allgemeinen Mittelknappheit wird für eine Konzentration der Aktivitäten der Hochschulinitiativen plädiert. Vorrangig erscheinen dabei die Aufrechterhaltung der Sensibilisierungsfunktion der Hochschulinitiativen sowie die Aufnahme von Entrepreneurship-Inhalten in die Lehrpläne. Weiterführende Informations- und Beratungstätigkeiten könnten von den Netzwerkpartnern der allgemeinen (lokalen) Existenzgründungsinitiativen wahrgenommen werden. Da ein Großteil der Hochschulabsolvent/innen ohnehin nicht direkt im Anschluss an das Studium ein Unternehmen gründet, sondern zunächst einige Jahre als abhängig Beschäftigte Berufs- und Branchenerfahrung sammelt, wäre die Einschränkung weitergehender Angebote weniger schwerwiegend.

4.2.3 Transparenz und Vermarktung des Förderangebots

Die Evaluation des rheinland-pfälzischen Gründungsumfeldes hat gezeigt, dass das breit gefächerte Förderangebot den Gründer/innen oftmals zu wenig bekannt ist bzw. als zu unübersichtlich erscheint und deshalb noch zu selten in Anspruch genommen wird. Es liegt offenbar ein Transparenz- und Kommunikationsproblem vor. Wie nationale und internationale Studien zeigen, handelt es sich hierbei keineswegs um ein auf Rheinland-Pfalz begrenztes Problem.²⁰ Folgende Vorschläge könnten einen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten.

- Gezielte Nutzung der Starterzentren als zentrale Informationsvermittlungsinstanz zwischen den Gründer/innen und Jungunternehmer/innen sowie den Fördereinrichtungen

Eine zentrale Position im Zusammenhang mit der Erhöhung der Transparenz des rheinland-pfälzischen Förderangebots nehmen - neben den im ländlichen Raum in dieser Hinsicht auch oft bedeutsamen kommunalen Wirtschaftsförde-

¹⁹ Die Vergabe der Fördermittel könnte im Rahmen eines Wettbewerbs erfolgen, der sich an dem Modell des Karlsruher Existenzgründungs-Impuls (KEIM) orientiert, das einen effizienten Einsatz der Mittel gewährleistet.

²⁰ Vgl. zum Beispiel DEUTSCHE AUSGLEICHSBANK/DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG (2000) sowie EUROPEAN COMMISSION (2002).

rungsgesellschaften und Landfrauenverbänden - die 26 rheinland-pfälzischen Starterzentren ein. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Funktion der Starterzentren als erster Ansprechpartner für die überwiegende Zahl der Unternehmensgründer (d.h. ihre große Reichweite) sowie ihre transparenzerhöhende Vermittlungs- und Lotsenfunktion. Die Starterzentren werden in dieser Hinsicht noch an Bedeutung gewinnen, wenn sie mit Beginn des Jahres 2006 neben den Gewerbemeldeämtern zur Anlaufstelle für Gewerbemeldungen werden. Sie erlangen damit unmittelbaren Zugang zu einer sehr großen Zahl von (gewerblichen) Unternehmensgründungen in Rheinland-Pfalz. Aufgrund dieser Stellung könnten die Starterzentren zukünftig, stärker noch als bisher, als zentrale Informationsvermittlungsinstanz zwischen den Gründer/innen und den Fördereinrichtungen fungieren.

Der Aufgabenzuwachs der Starterzentren einerseits und die Gefahr einer Monopolisierung des gesamten rheinland-pfälzischen Beraterwesens andererseits legt eine noch stärkere Konzentration der Starterzentren auf die Erstberatung nahe. Weitergehende Bedarfe sollten vorrangig von den spezialisierten Beratungsanbietern in den Regionen wahrgenommen werden, an die die Starterzentren weitervermitteln. Hierfür wäre eine noch stärkere Vernetzung der Starterzentren mit den übrigen Gründungsakteuren erforderlich.

Als Instrument der Informationsvermittlung könnte ein Newsletter dienen,²¹ der als Gemeinschaftsprodukt aller rheinland-pfälzischen Beratungs- und Fördereinrichtungen herausgegeben wird. Mittels dieses Newsletters sollten u.a. Informationen zu neuen Förderprogrammen und -projekten, Informationsveranstaltungen, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Diese Informationen werden von den regionalen Fördereinrichtungen eigens aufbereitet und regelmäßig an eine entsprechende Koordinierungsstelle (z.B. angesiedelt bei den Starterzentren) weitergeleitet, dort gesammelt und thematisch gebündelt - je nach individuel-

²¹ Der bereits bestehende Newsletter der ISB könnte als Grundstein für diesen Newsletter genutzt werden.

len Präferenzen²² - an die Nutzer verschickt (mit Quellenhinweisen und Internetlinks zu den betreffenden Fördereinrichtungen).²³

Im Vergleich zu anderen Informationsmedien (wie Broschüren, Anzeigen in (Fach)Zeitschriften, reinen Internetportalen) bietet ein Newsletter mehrere Vorteile:

- Unmittelbarer (und effektiver) Kontakt mit einem aufgrund seiner Registrierung entsprechend sensibilisierten Nutzer;
- kostenloses Angebot für die Nutzer;
- zeitnahe Verbreitung von aktuellen Informationen;
- Regelmäßigkeit der Informationsübermittlung.

Die Aufgabe, auf den Newsletter hinzuweisen und die (potenziellen) Unternehmensgründer/innen von den Vorteilen dieses Informationsservices zu überzeugen, käme selbstverständlich allen rheinland-pfälzischen Fördereinrichtungen zu, vor allem aber den Gründungsberater/innen der Starterzentren, den Arbeitsagenturen sowie den regionalen Wegweiser-Broschüren.

Ein nicht unbedeutender, positiver Nebeneffekt des oben dargestellten Modells könnte darin bestehen, dass die inter- und intraregionale Vernetzung und der Informationsaustausch zwischen den Förderinstitutionen gestärkt und ausgebaut wird. Die Förderakteure in einer bestimmten Region könnten beispielsweise die Newsletter der jeweils anderen Regionen abonnieren (ggf. themenspezifisch eingegrenzt auf ihre jeweiligen Arbeitsgebiete) und sich auf diese Weise über aktuelle Entwicklungen und neue Angebote im übrigen Rheinland-Pfalz informieren. Die Fördereinrichtungen könnten somit in höherem Maße voneinander lernen und neuartige, innovative Förderansätze für die eigene Projektarbeit aufgreifen.

²² Neben thematischen Interessenschwerpunkten sollten die Nutzer dieses Informationsservices ihren Unternehmensstandort angeben. Mit der Eingrenzung auf bestimmte Themen und Regionen würde sichergestellt, dass die Gründer und Unternehmer nur passgenaue Informationen erhalten.

²³ Aktuelle Internet-Strukturdaten der FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN ONLINE GMBH (2005) zufolge verfügten im ersten Quartal 2005 mehr als drei Viertel aller deutschen Erwachsenen im (primär gründungsrelevanten) Alter von 18 bis 49 Jahren über einen Internet-Zugang. Der Großteil der Gründungsinteressierten verfügt demnach über die notwendige technische Ausrüstung für die Nutzung eines elektronischen Newsletters. Ggf. wäre darüber nachzudenken, ob und in welcher Form ein vergleichbares Angebot in Papierform für potenzielle Nutzer ohne Internetzugang geschaffen werden kann.

- Erarbeitung regionaler Wegweiser-Broschüren zu den wichtigsten (Erst-)Beratungsstellen für Gründer/innen und Jungunternehmer/innen

Auch überblicksartige Wegweiser-Broschüren, die regionenspezifisch die wichtigsten (Erst)Beratungsstellen benennen, können mehr Transparenz für diejenigen schaffen, die den Schritt in die Selbstständigkeit beabsichtigen oder sich bereits im Unternehmensaufbau befinden. Orientiert an den Go! Wegweisern für 15 nordrhein-westfälische Regionen könnte das Wirtschaftsministerium daher in Kooperation mit den regionalen Gründungsnetzwerken und Förderakteuren auch für rheinland-pfälzische Regionen entsprechende Wegweiser für Gründerinnen, Gründer und junge Unternehmen erarbeiten.²⁴

Diese regionalen Wegweiser sollten vor allem Informationen zu folgenden Arten von Förderinstitutionen enthalten: allgemeine Erstberatungsstellen, branchenspezifische Beratungseinrichtungen, zielgruppenspezifische Beratungsinstitutionen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Ergänzend zu den öffentlichen und halb-öffentlichen Förderinstitutionen sollten die Wegweiser auch über private Initiativen informieren, z.B. Gründer/innen- und Unternehmer/innennetzwerke und -stammtische. Die Informationsbroschüren sollten für alle Institutionen jeweils die Kontaktdetails und ggf. eine kurzgefasste, stichwortartige Beschreibung der angebotenen Unterstützungsleistungen und der anvisierten Zielgruppen enthalten.

Die regionalen Wegweiser-Broschüren wären in elektronischer Form u.a. auf den Internet-Seiten des Wirtschaftsministeriums, der regionalen Gründungsnetzwerke sowie weiterer Gründungsakteure zum Download bereitzustellen. Zudem könnten sie in Papierform im Rahmen von Informationsveranstaltungen (z.B. der Gründungsoffensive, Unternehmer/innen- und Gründer/innentage) und über die meistgenutzten Erstanlaufstellen für angehende Gründer/innen - d.h. die Starterzentren und die Arbeitsagenturen - Gründungsinteressierten zugänglich gemacht werden.

- Aktive Einbindung der Arbeitsagenturen in die regionalen Gründungsnetzwerke und Sensibilisierung ihrer Berater für ihre Weitervermittlungsfunktion

²⁴ Regionale Wegweiser könnten z.B. für die fünf Großregionen "Mittelrhein-Westerwald", "Trier", "Rheinhausen-Nahe", "Westpfalz" und "Rheinpfalz" verfasst werden.

Wegen des gewachsenen Anteils der Gründungen aus der Arbeitslosigkeit sind die Arbeitsagenturen für einen großen Teil (potenzieller) Gründer/innen zur wichtigen ersten Anlaufstelle für Informationen, Beratung und Weitervermittlung geworden. Für diese Aufgabe sind die Arbeitsagenturen i.d.R. nicht gerüstet, so dass sich die Beratung zumeist auf Fragen des Überbrückungsgelds bzw. des Existenzgründungszuschusses begrenzt. Ihre Weitervermittlungsfunktion können die Arbeitsagenturen häufig nicht in dem notwendigem Umfang wahrnehmen.

Anders sind die Erfahrungen mit der Mainzer Arbeitsagentur, was zum Großteil darauf zurückzuführen ist, dass diese Arbeitsagentur in das Mainzer Gründungsnetzwerk eingebunden und so über die Angebote der weiteren Netzwerkpartner informiert ist. Dies versetzt sie in die Lage, (potenzielle) Gründer/innen zur weiteren Gründungsvorbereitung an die entsprechenden Förderinstitutionen weiterzuvermitteln.

Vor diesem Hintergrund sollte das Wirtschaftsministerium darauf hinwirken, dass die lokalen Arbeitsagenturen in die bestehenden regionalen Gründungsnetzwerke aktiv eingebunden werden. Die Arbeitsagenturen sollten zudem ihre Berater (Fallmanager) dahingehend sensibilisieren, dass sie für viele (potenziell) gründungsinteressierte Arbeitslose die erste Anlaufstelle darstellen und somit eine wichtige Lotsenfunktion innehaben. Unterstützung in dieser Funktion könnten die Fallmanager durch die regionalen Wegweiser-Broschüren erfahren, deren Aushändigung kaum zeitliche Ressourcen bindet.

- Aufbau eines speziellen rheinland-pfälzischen Gründungsportals (z.B. "Gründungsoffensive-RLP.de")

Zur Erhöhung der Transparenz der Förderangebote könnte zudem eine zentrale, internetbasierte, (landeseigene) Informations-, Interaktions- und Kommunikationsplattform für Existenzgründer/innen und Jungunternehmer/innen in Rheinland-Pfalz beitragen. Der Aufbau dieser Plattform könnte sich an den Portalen "Newcome.de - das Netzwerk von Gründern für Gründer" (Baden-Württemberg) bzw. "Go.NRW.de - Go! Gründungsnetzwerk NRW" (Nordrhein-Westfalen) orientieren. Sie bieten jeweils branchen-, themen-, zielgruppen- und regionenspezifische Detailinformationen und Dienstleistungen für Gründer/innen, Jungunternehmer/innen, Unternehmensübergeber und -nachfolger.

Die Gründungsportale sind nicht nur für Gründer/innen und Jungunternehmer/innen, sondern auch für Multiplikatoren und Förderakteure eine zentrale Anlaufstelle im Internet, die zeitnah und unabhängig informiert und somit wichtige Orientierung gibt. Eine derart umfassende, kompakte Darstellung aller Aktivitäten zur Schaffung eines gründungsfreundlichen Klimas und zur Unterstützung von Gründungsvorhaben und jungen Unternehmen schafft zudem in der allgemeinen Öffentlichkeit und den (potenziell) gründungsinteressierten Zielgruppen ein Bewusstsein für den hohen Stellenwert, den öffentliche, halb-öffentliche und private Institutionen einer umfassenden, integrierten Förderung der unternehmerischen Selbstständigkeit beimessen. Durch die größere Sichtbarkeit der Vielfalt der gründungsbezogenen Aktivitäten verstärkt sich bei (potenziellen) Gründer/innen der Eindruck, mit ihrem Gründungsvorhaben nicht allein zu stehen, sondern in einem positiven, aktivierenden Umfeld zu agieren und von einer großen Zahl von Akteuren vielfältig unterstützt zu werden.

Um die Überschneidungen mit bestehenden Internetportalen so gering wie möglich zu halten, müsste ein derartiges Gründungsportal vor allem gegenüber dem Portal der rheinland-pfälzischen Starterzentren inhaltlich abgegrenzt werden. Die Kernkompetenz des Starterzentren-Portals liegt zu einem großen Teil bei inhaltlichen Fragen der Gründungsvorbereitung und der Unternehmensführung. Hierzu sollte ein neues rheinland-pfälzisches Gründungsportal keine eigenen Angebote entwickeln, zumal auch das zweite bereits bestehende rheinland-pfälzische Portal "Unternehmertipps.de - Das Webportal für junge Unternehmer" ein entsprechendes, ausführliches Informationsangebot bereithält. Das Portal der Starterzentren enthält darüber hinaus auch aktuelle Informationen zur Existenzgründung und eine (regionalisierte) Auflistung von Terminen von Informationsveranstaltungen, Gründermessen und Seminaren bis hin zu Steuerberatersprechtagen. Diese wichtige Wegweiser-Funktion müsste auch ein neu zu schaffendes Gründungsportal wahrnehmen, so dass in dieser Hinsicht ggf. eine Kooperation beider Portale in Erwägung gezogen werden sollte.

Da der Aufbau und die Pflege eines eigenen Gründungsportals nicht unerhebliche finanzielle und personelle Mittel erfordert, könnte eine kostengünstige Alternative darin bestehen, die rheinland-pfälzischen Förderangebote zukünftig verstärkt in bestehende Internet-Portale (z.B. "bundesweite gründerinnenagentur" (bga), Gründerportal des BMWA, Gründungskatalog der KfW-Mittelstandsbank, Internet-Portal der rheinland-pfälzischen Starterzentren) zu integrieren.

- Straffung des bestehenden Förderangebots

Zur Transparenz des Förderangebots würde schließlich auch der Abbau oder die Modifikation von Angeboten beitragen, die inhaltlich starke Überschneidungen aufweisen. Da im Rahmen der Untersuchung eine Evaluation der einzelnen Förderprogramme und -maßnahmen nicht vorgenommen werden konnte, ist es in nur sehr begrenztem Rahmen möglich, Vorschläge zur Straffung des Angebots zu machen. Deswegen werden im Folgenden lediglich zwei mögliche Ansatzpunkte für solche Straffungen aufgezeigt.

Zum einen wäre zu prüfen, inwieweit in einzelnen Förderbereichen parallel bestehende Förderangebote des Bundes und des Landes bestehen, inwieweit sie verstärkt gegeneinander abgegrenzt werden können bzw. inwieweit auf Landesprogramme verzichtet werden kann. Ansatzpunkte für eine dementsprechende Neuausrichtung des Förderangebots bestehen vor allem in den Bereichen Finanzierungs- und Beratungsförderung.

Zum anderen ist eine Konzentration umfangreicher finanzieller Fördermittel auf einen relativ begrenzten Kreis von Nutznießern u.a. in Gründer- und Technologiezentren zu beobachten. Die hohe Förderintensität für eine kleine Gruppe von technologieorientierten Unternehmen wird zumeist mit den erhofften positiven (volkswirtschaftlichen) Wirkungen dieser Unternehmen begründet. Im Zuge der Bestandsaufnahme des Gründungsumfelds in Rheinland-Pfalz zeigte sich, dass gegenwärtig mehrere Gründer- und Technologiezentren Schwierigkeiten haben, ihre eigentlichen Zielgruppen zu erreichen. Anstelle von technologieorientierten Unternehmen werden stattdessen oftmals technologieferne Unternehmen aufgenommen. Diese Unternehmen profitieren somit von den relativ hohen Fördersummen; die erhofften gesamtwirtschaftlichen Effekte können sie jedoch nur in begrenztem Ausmaß generieren. Vor diesem Hintergrund wird eine umfassende Evaluierung der rheinland-pfälzischen Gründer- und Technologiezentren angeregt, die die Grundlage für die Entscheidung bilden könnte, wieviele und welche Zentren zukünftig weiter gefördert werden.

- Ausdrückliche Ansprache von Frauen bei nicht-geschlechtsspezifischen Fördermaßnahmen

Um (potenzielle) Gründerinnen und Unternehmerinnen in höherem Maße auf die allgemeinen Förderprogramme und -projekte aufmerksam zu machen und zu einer Inanspruchnahme zu bewegen, sollte auf eine ausdrückliche Anspra-

che von Frauen geachtet werden. Frauen mit kleineren Gründungsvorhaben fühlen sich zum Teil nicht von den Förderangeboten angesprochen, weil sie sich aufgrund der relativ geringen Gründungsgröße oftmals nicht als "richtige" Existenz- oder Unternehmensgründerinnen betrachten. Indem jeweils Frauen und Männer (Gründerinnen und Gründer bzw. Unternehmerinnen und Unternehmer) ausdrücklich als Zielgruppe genannt werden, kann die Hemmschwelle für die Inanspruchnahme von Förderangeboten insbesondere für Gründerinnen und Unternehmerinnen, die sich im Nebenerwerb selbstständig betätigen oder sehr kleine Unternehmen führen (wollen), gesenkt werden.

4.3 Phase 1: Sensibilisierung und Aktivierung des Gründungspotenzials

Als einer der Hauptansatzpunkte für die bessere Ausschöpfung des Gründungspotenzials von Frauen wurde der Bereich der "Sensibilisierung und Aktivierung des Gründungspotenzials" identifiziert, so dass hier auch der Schwerpunkt der Handlungsempfehlungen zur Optimierung des Förderangebots liegt. Maßnahmen zur Vergrößerung des Gründungspotenzials müssen darauf abzielen, frühzeitig, also noch bevor ein konkretes Gründungsinteresse entwickelt wurde, möglichst weite Bevölkerungskreise für die unternehmerische Selbstständigkeit zu sensibilisieren bzw. günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Erwerb der für den Schritt in die Selbstständigkeit notwendigen (persönlichen, qualifikatorischen und finanziellen) Ressourcen fördern.

4.3.1 Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots

Eine dieser Rahmenbedingungen stellt das Kinderbetreuungsangebot dar. Trotz der bereits in Umsetzung befindlichen Maßnahmen wird das Kinderbetreuungsangebot in Rheinland-Pfalz auch auf mittlere Sicht nicht vollständig den Wünschen von erwerbstätigen Eltern oder Personen mit Erwerbswünschen entsprechen. Hier besteht also weiterer Handlungsbedarf, wenn die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen insgesamt, aber auch in Vollzeitbeschäftigung als Voraussetzung für eine bessere quantitative und vor allem qualitative Ausschöpfung des Gründungspotenzials gesteigert werden soll. Zu einer Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots, d.h. vor allem Ausweitung des Angebots für unter 3-Jährige und für Schulkinder sowie die zeitliche Ausdehnung des Angebots für alle Altersklassen, stehen mehrere Ansätze zur Verfügung.

Am weitest gehenden ist der Ansatz, der u.a. vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2005) vorgeschlagen wird. Dieser sieht eine Abkehr der bisher praktizierten Objektförderung der Träger der Kinderbetreuungseinrichtungen vor und propagiert stattdessen ein Umlenken der finanziellen Mittel in ein Gutscheinsystem, also die Förderung von Subjekten (den Kindern). Aufgrund des entstehenden Wettbewerbs der Träger um die Kunden wird eine Gestaltung der Öffnungszeiten erwartet, wie sie von den Eltern gewünscht wird, mit der Folge einer erheblich größeren Anzahl von Ganztagsbetreuungsplätzen. Zugleich fordert der Beirat die Begrenzung der Förderung auf öffentlich-rechtliche Kindergärten und lizenzierte Tagesmütter aufzuheben und privat-gewerbliche Einrichtungen in die Förderung miteinzu beziehen.²⁵ Sollte diese Hürde des Kinder- und Jugendhilfegesetzes fallen, würde sich, wie in den USA seit längerem zu beobachten, zugleich ein attraktives Geschäftsfeld für in die Selbstständigkeit strebende Frauen und Männer auftun. Zudem würde es, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen, die sich der Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihrer Beschäftigten verpflichtet fühlen, vielfältige Möglichkeiten eröffnen, alleine oder in Kooperation mit anderen Unternehmen Kinderbetreuungseinrichtungen zu betreiben. Dies ist gegenwärtig aufgrund rechtlicher und finanzieller Restriktionen nahezu unmöglich.

Die Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wie auch die Umstellung der Objekt- auf eine Subjektförderung fällt in die Regelungskompetenz des Bundes, ist folglich nicht von einer Landesregierung umzusetzen. Wegen der vielfältigen Chancen, die diese Änderungen mit sich bringen, wird der Landesregierung von Rheinland-Pfalz empfohlen, die politische und ggf. die gesetzgeberische Initiative über den Bundesrat zu ergreifen. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit geht davon aus, dass mit dem gegenwärtig eingesetzten Finanzvolumen nach Umsetzung der vorgeschlagenen Änderungen ein deutlich verbessertes Kinderbetreuungsangebot erreicht werden kann.

Innerhalb des bestehenden Systems wäre diese Verbesserung wohl nur über eine Ausweitung der finanziellen Förderung zu erreichen; dies stellte einen

²⁵ Voraussetzung wäre allerdings die Installation eines Verfahrens, das die Sicherung der Qualität der Kinderbetreuung auch privater Anbieter gewährleistet.

zweiten Ansatz dar. Angesichts der knappen öffentlichen Haushalte scheint dieser Weg allerdings kaum gangbar.

Ein dritter Ansatz besteht darin, das bereits zu beobachtende Engagement einer nicht unerheblichen Zahl von Unternehmen, das sich auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ihrer Beschäftigten richtet, auf eine noch größere Zahl von Unternehmen auszuweiten bzw. den in dieser Hinsicht bereits aktiven Unternehmen weitere Handlungsoptionen bekannt zu machen. Dieser Ansatz ist weniger geeignet, Defizite im öffentlichen Kinderbetreuungsangebot in Form des Angebots betrieblicher Kinderbetreuungsplätze auszugleichen, als vielmehr ergänzende Angebote zu unterbreiten, die es erwerbstätigen Eltern erleichtern, familiäre und berufliche Anforderungen gut miteinander zu vereinbaren. Von weiteren Initiativen in diesem Handlungsfeld würden abhängig Beschäftigte ohne Zweifel deutlich profitieren (und damit die Chancen der Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen), Gründer/innen und Unternehmer/innen allerdings könnten hieraus vor allem indirekt Nutzen ziehen, falls sich z.B. der Nachfragedruck auf das öffentliche Kinderbetreuungsangebot auf diese Weise reduzierte. Dem Wirtschaftsministerium wird empfohlen, den bereits mit dem Projekt "Beruf und Familie"²⁶ eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

4.3.2 Sensibilisierung

4.3.2.1 Sensibilisierung für die unternehmerische Selbstständigkeit an allgemein- und berufsbildenden Schulen

Die mittel- und langfristige Vergrößerung des Gründungspotenzials setzt voraus, dass bereits Schülerinnen und Schüler frühzeitig für die unternehmerische Selbstständigkeit sensibilisiert werden. Das Wirtschaftsministerium hat daher bewusst einen seiner Schwerpunkte im Rahmen der Gründungsförderung auf das Thema "Schule und Wirtschaft" gelegt und führt demzufolge bereits eine größere Zahl von entsprechenden Projekten durch. Zur Ergänzung des bestehenden Angebots werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Verstärkte Aufnahme von Wirtschaftsthemen (einschließlich der Spezifika einer Unternehmensgründung) in die Lehrpläne der Sekundar- und Oberstufe

²⁶ In Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern sowie den Wirtschaftsunioren Rheinland-Pfalz.

Das Wirtschaftsministerium könnte in Abstimmung mit dem Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend prüfen, inwieweit Wirtschaftsthemen (einschließlich der Spezifika der unternehmerischen Selbstständigkeit) verstärkt in die Lehrpläne der Sekundar- und Oberstufe aufgenommen werden können. Zentrale Lernziele im Hinblick auf die Sensibilisierung der Schüler/innen für die unternehmerische Selbstständigkeit sollten die realitätsnahe Beschreibung des Alltags eines Selbstständigen, die Erklärung der dafür notwendigen persönlichen Voraussetzungen, die Vermittlung wirtschaftlichen Basiswissens und die Erläuterung der besonderen Rolle von Existenzgründungen für das Wachstum einer Volks- und Regionalwirtschaft sein. Darüber hinaus könnte die Ausbildung von Fähigkeiten wie Kreativität, Selbstständigkeit und Eigeninitiative, die für eine spätere unternehmerische Selbstständigkeit hilfreich sind, in erhöhtem Maße in die unterschiedlichsten Schulfächer integriert werden.

Auf diese Weise könnte gewährleistet werden, dass (annähernd) die Gesamtheit der Schüler/innen mit wirtschaftlichen Sachverhalten eingehender in Berührung kommt und dabei auch frühzeitig auf ein breiteres Spektrum an Berufswahlmöglichkeiten einschließlich der Option einer unternehmerischen Selbstständigkeit aufmerksam gemacht wird. Die bereits bestehenden, speziellen Förderangebote für Schüler/innen dürften daraufhin in noch höherem Maße in Anspruch genommen werden.

- Stärkere Verankerung der unternehmerischen Selbstständigkeit in den Ausbildungsgängen und an den Berufsschulen

Bislang spielt das Thema unternehmerische Selbstständigkeit in den beruflichen Lehrplänen eine untergeordnete Rolle. PAULINI-SCHLOTTAU (2004) und STERNBERG/LÜCKGEN (2005) empfehlen zukünftig eine stärkere Berücksichtigung, wobei PAULINI-SCHLOTTAU (2004) eine eher generelle Behandlung des Themas befürwortet. Die Berufsschulen könnten insofern Hilfestellung leisten, als unternehmerisches Denken und Handeln eingeübt, die Existenzgründung als berufliche Perspektive eröffnet und erste Erprobungsformen im Kleinen geschaffen werden, ohne jedoch die Auszubildenden in diese Richtung zu drängen. STERNBERG/LÜCKGEN (2005) empfehlen hingegen eine Verankerung in den Lehrplänen, eine umfassende Qualifizierungsoffensive der Lehrkräfte, die Einführung eines Wahlpflichtfachs "Selbstständigkeit/Unternehmertum" im Rahmen der beruflichen Ausbildung sowie die stärkere Vernetzung von Unternehmen, Schulen, betriebsübergreifender Ausbil-

derung und den Wirtschaftskammern. Die theoretischen Inhalte könnten ferner um das Lernen in Schüler- und (virtuellen) Übungsfirmen sowie um das Arbeiten in Projekten ergänzt werden.

- Entwicklung zusätzlicher Lehrmaterialien zum Thema "Wirtschaft und unternehmerische Selbstständigkeit"

Die überwiegende Zahl der Fördermaßnahmen im Bereich "Schule und Wirtschaft" ist direkt auf die Schüler/innen an den rheinland-pfälzischen (allgemeinbildenden) Schulen fokussiert. Das Wirtschaftsministerium leistet den Lehrer/innen bei der Vermittlung von Wirtschaftswissen bisher nur mit dem Arbeitsheft "Wie funktioniert die Wirtschaft? Die Idee der unternehmerischen Selbstständigkeit" und der Broschüre "Rheinland-Pfälzische Gründer im Profil: Gründertypen" Hilfestellung, wobei die letztgenannte Publikation nicht primär als Lehrmaterial konzipiert wurde. Um die Lehrkräfte bei der Vermittlung wirtschaftlicher Themen im Unterricht in noch höherem Maße zu unterstützen, wäre es daher empfehlenswert, weitere Lehrmaterialien zum Thema "Wirtschaft und unternehmerische Selbstständigkeit" zu entwickeln und herauszugeben. Für die Vermittlung von gründungsspezifischen Inhalten wäre darüber hinaus auch die Neukonzipierung vieler Schulbücher notwendig. Anhaltspunkte hierfür sind in anderen Bundesländern zu finden.

- Stärkere Verankerung des Themas "Wirtschaft und unternehmerische Selbstständigkeit" in der Lehreraus- und -fortbildung

Damit die Lehrkräfte weitaus stärker als bisher überzeugt und befähigt werden, gründungsrelevante Kenntnisse an Schüler zu vermitteln, sollte das Thema "Wirtschaft und unternehmerische Selbstständigkeit" stärker in der Lehreraus- und -fortbildung verankert werden. Mehrwöchige für Lehrer und Lehramtskandidaten obligatorische Betriebspraktika in Wirtschaftsunternehmen könnten beispielsweise dazu beitragen, das (wirtschaftsbezogene) Praxisdefizit der Lehrer zu reduzieren. Ein ähnlicher Ansatz wird beispielsweise in Großbritannien in Form freiwilliger Lehrerhospitationen bei Unternehmen praktiziert. Die Hospitationen dauern in der Regel zwischen einem und fünf Tagen und können sowohl während der Schulzeit, in den Schulferien oder an Wochenenden

erfolgen. Die Vermittlung und Organisation der Lehrerhospitationen wird von in allen Regionen des Landes angesiedelten Organisationen durchgeführt.²⁷

- Gleichberechtigte Darstellung der Bedeutung von Gründerinnen und Unternehmerinnen in Unterrichtsmaterialien wie z.B. dem Arbeitsheft "Wie funktioniert die Wirtschaft?"

Damit sich auch Schülerinnen unmittelbar angesprochen fühlen, ist bei der Konzeption von Unterrichtsmaterialien zum Thema "Wirtschaft und unternehmerische Selbstständigkeit" eine sprachliche Zentriertheit auf den männlichen Unternehmer zu vermeiden. Auf eine geschlechtersensible Darstellung ist zudem bei der Konzeption von Schulbüchern, die wirtschafts- und gründungsrelevante Themen behandeln, zu achten. Beim Arbeitsheft "Wie funktioniert die Wirtschaft? Die Idee der unternehmerischen Selbstständigkeit" ist dies bisher nicht der Fall. In einer Folgeauflage sollte deswegen z.B. auch der Weg und die volkswirtschaftliche Bedeutung von Gründerinnen und Unternehmerinnen eingehender dargestellt werden.

- Unterrichtsunterstützung durch Besuche von Unternehmer/innen und sonstigen praxisnahen Expert/innen

Eine weitere Möglichkeit, Lehrkräfte bei der Vermittlung wirtschaftsrelevanter Themen im Unterricht zu unterstützen, bestünde für das Wirtschaftsministerium, in Ergänzung zu den bisherigen Angeboten (z.B. B.O.S.S.-Projekttag, Schüler im Chfessel), in der Förderung von Begegnungen von Schüler/innen mit Expert/innen aus der Praxis. Unternehmer/innen könnten im Rahmen des Unterrichts z.B. aus ihrem Alltag berichten oder in ihr Unternehmen einladen und somit Theorie und Praxis verknüpfen. Auf diese Weise würden mittelständische Unternehmen und Existenzgründer/innen in den Schulen zudem verstärkt als tragende Säulen des Wirtschaftssystems wahrgenommen. Schüler/innen würde so nicht nur ein realistischeres (positiveres) Unternehmerbild vermittelt, ihnen würde auch Gelegenheit gegeben, verschiedene Berufe kennen zu lernen. Erfahrungen mit derartigen Ansätzen wurden bereits in Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen gesammelt.

- Frühzeitige Präsentation von weiblichen Rollenvorbildern (Unternehmerinnen) an Schulen

²⁷ Für die Region West Midlands z.B. siehe <http://www.pdpdirect.co.uk>.

Zu einer Sensibilisierung insbesondere von Schülerinnen können weibliche Rollenvorbilder beitragen. In Anlehnung an das Projekt "Unternehmerinnen besuchen Schulen" der baden-württembergischen "Initiative für Unternehmerinnen" könnte das Wirtschaftsministerium daher, etwa im Rahmen der Projekte "B.O.S.S.", "Schüler im Chefsessel", "Girls' Day - Mädchen-Zukunftstag", verstärkt Schülerinnen mit Unternehmerinnen zusammen bringen. Eine weitere Möglichkeit wären Besuche von Unternehmerinnen im Rahmen regulärer Unterrichtsveranstaltungen zum Thema "Wirtschaft und unternehmerische Selbstständigkeit", bei denen sie aus ihrem unternehmerischen Alltag berichten.

- Ausweitung des Angebots an 24-stündigen Unternehmenswettbewerben für Schüler/innen

Das Wirtschaftsministerium hat den im Oktober 2004 an sechs Mainzer Hauptschulen mit großem Erfolg ausgetragenen 24-stündigen Unternehmenswettbewerb "IdeeFIX Mainz" inhaltlich und finanziell unterstützt. Ziel des Projektes ist es, Schüler/innen auf spielerische Weise für die Themen Selbstständigkeit und Unternehmergeist zu sensibilisieren. Mit "IdeeFIX Mainz" soll die Fähigkeit zu unternehmerischem Denken und Handeln ebenso gefördert werden wie die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie Selbstverantwortung, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft. Das Wirtschaftsministerium sollte prüfen, ob solche 24-stündigen Unternehmenswettbewerbe, die den Vorteil aufweisen, dass die betreuenden Lehrkräfte ihre Schüler/innen nicht aufwändig vorbereiten müssen, auch für Schüler/innen in anderen Regionen und für andere Schulformen angeboten werden können.

- Prüfung einer Beteiligung an dem Economic Summer Camp des "jem e.V."

Die gemeinnützige private Initiative "jem e.V. - Jugend entdeckt Marktwirtschaft" organisierte vom 13. bis 21. August 2005 im baden-württembergischen Sachsenheim (bei Ludwigsburg) erstmals ein Economic Summer Camp (ESC), das bei Jugendlichen das Verständnis über die Werte, die Akteure und die Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft fördern möchte. Gemeinsam mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung bietet das ESC vierzig - nach einem Aufsatzwettbewerb ausgewählten - Schüler/innen die Möglichkeit, Marktwirtschaft hautnah zu erleben. Durch Workshops, Diskussionsrunden, Planspiele und Firmenbesuche werden den Teilnehmer/innen Theorie und Praxis der Ökonomie interaktiv und greifbar vermittelt. Im Vordergrund

steht die konstruktive Auseinandersetzung mit aktuellen Wirtschaftsthemen. Jede/r Teilnehmer/in erhält einen persönlichen Coach aus der Wirtschaft, der auch nach dem Economic Summer Camp als Ansprechpartner für Bewerbung, Studium, Karriere- und Lebensplanung zur Verfügung steht.²⁸

Die Organisatoren sind bestrebt, im Jahr 2006 weitere Economic Summer Camps auch in anderen Bundesländern durchzuführen, wobei letztlich ein deutschlandweites Netzwerk geplant ist. Das Ministerium könnte daher - bei erfolgreichem Verlauf des ESC - prüfen, ob es in Zusammenarbeit mit "jem e.V." ein Economic Summer Camp in Rheinland-Pfalz etablieren möchte.

4.3.2.2 Sensibilisierung für die unternehmerische Selbstständigkeit an Hochschulen

- Effektivere Ansprache der Zielgruppen an den Hochschulen

Das Angebot der rheinland-pfälzischen Hochschulinitiativen zur Sensibilisierung von Studierenden für die unternehmerische Selbstständigkeit ist im Hinblick auf die inhaltlichen Unterstützungsleistungen bereits sehr umfangreich. Defizite bestehen mancherorts allerdings in der effektiven Ansprache der Zielgruppen, was u.a. in einer zu starken Verhaftung der Initiativen in einem speziellen Fachbereich begründet liegt.

Eine stärkere Inanspruchnahme der Angebote, insbesondere auch durch Studierende anderer Fachbereiche und Hochschulen, könnte, wie bereits von der Hochschulinitiative "fit-exist-Trier" praktiziert, durch die Einrichtung neutraler Anlaufstellen, die an keinen speziellen Fachbereich angeschlossen sind, erreicht werden. Diese dürften zu einer Reduzierung von Schwellenangst beitragen. Eine effektivere Zielgruppenansprache ließe sich zudem über einen einrichtenden Newsletter-Informationssdienst, wie beispielsweise von den Organisatoren des Karlsruher Existenzgründungs-Impuls bereitgestellt, herstellen.

- Angebot eines Unternehmensgründungs-Planspiels für Studierende

In Ergänzung zu den Unternehmensgründungs-Planspielen für Schüler/innen könnte das Wirtschaftsministerium ein entsprechendes Angebot für Studieren-

²⁸ Der Ansatz, ausgewählten Schüler/innen (z.B. Gewinner/innen von Schülerwettbewerben) Coaches zur Verfügung zu stellen, könnte vom Wirtschaftsministerium auch losgelöst von einem solchen Summer Camp geprüft werden.

de an rheinland-pfälzischen Hochschulen schaffen. Eine finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen sparende Möglichkeit würde z.B. darin bestehen, Hochschulen in Rheinland-Pfalz auf den baden-württembergischen PriME-Cup aufmerksam zu machen, an dem auch Hochschulen aus Niedersachsen sowie aus Österreich, den Niederlanden und Liechtenstein teilnehmen. Eine Ausweitung auf weitere Bundesländer ist geplant.

4.3.2.3 Sensibilisierung weiter Bevölkerungsgruppen

Sensibilisierungsanstrengungen sollten sich nicht nur auf in Ausbildung befindliche Menschen richten, sondern auch die Bevölkerung insgesamt im Blick haben. Im Hinblick auf die Ausweitung des Gründungspotenzials insbesondere von Frauen sind hier Maßnahmen zu erwägen, die die Sichtbarkeit von Gründerinnen und Unternehmerinnen in der Öffentlichkeit erhöhen. Diese können auch dazu beitragen, eventuell noch vorhandene Vorbehalte und Vorurteile (etwa seitens Banken, Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Verbänden, aber auch Bevölkerungsteilen mit eher traditionellen Rollenvorstellungen z.B. in ländlichen Gebieten) gegenüber frauengeführten Unternehmen abzubauen und die gesellschaftliche Akzeptanz von Unternehmerinnen weiter zu erhöhen.

- Organisation von zusätzlichen lokalen Gründer/innen- und Unternehmer/innentagen

Lokale Gründer/innen- und Unternehmer/innentage und die damit verbundene Medien-Berichterstattung sensibilisieren einerseits die Bevölkerung für das Thema unternehmerische Selbstständigkeit, andererseits verschaffen sie den Besucher/innen einen konzentrierten Überblick über das Förderangebot in der jeweiligen Kommune bzw. Region. Dies versetzt sie in die Lage, ihre Förderbedürfnisse besser zu artikulieren. Dass mit den Förderakteuren bereits an Ort und Stelle erste Gespräche geführt werden können, erleichtert den Besucher/innen zudem den direkten Kontakt zu verschiedenen Anbietern und die Auswahl des für sie am besten geeigneten Angebots. Gründer/innen- und Unternehmer/innentage erhöhen daher die Transparenz der lokalen Fördermaßnahmen und können somit zu einer Steigerung der Inanspruchnahme beitragen.

Im Rahmen der rheinland-pfälzischen Gründeroffensive werden bereits an verschiedenen (überwiegend größeren) Orten und in Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern lokale, zum Teil kleiner dimensionierte Existenzgründer/innen- und Unternehmer/innen-Tagen veranstaltet. Dieses Informationsan-

gebot sollte weiter ausgebaut werden, wobei ländliche Regionen verstärkt zu berücksichtigen wären. Darüber hinaus wäre in Grenzregionen zu erwägen, derartige Veranstaltungen teils auch in Kooperation mit Partnerstädten aus dem angrenzenden Ausland durchzuführen. So ließe sich Internationalität und damit überregionales Medieninteresse erzeugen. Hinsichtlich der inhaltlichen Konzeption würde es sich anbieten, einzelne Informationsveranstaltungen speziell für (potenzielle) Gründerinnen und Unternehmerinnen anzubieten.

- Verstärktes Herausstellen von weiblichen Rollenvorbildern für potenzielle Gründerinnen

In Anlehnung an die bereits existierende (jedoch überwiegend männliche Unternehmer vorstellende) Broschüre "Gründertypen. Rheinland-Pfälzische Gründer im Profil" könnte das Wirtschaftsministerium eine Broschüre herausgeben, die ausschließlich Gründerinnen und Unternehmerinnen portraitiert und dabei auch auf die Bewältigung von Gründungs- und Unternehmensführungsprobleme (z.B. Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, Konfrontation mit traditionellen Rollenvorstellungen, Gründung im ländlichen Raum) eingeht, von denen Frauen tendenziell stärker berührt sind als Männer. Um möglichst vielen (potenziell) gründungsinteressierten Frauen ein Rollenvorbild zu geben, sollte die Broschüre ein relativ breites Spektrum von Frauenunternehmen präsentieren, darunter u.a. im Nebenerwerb betriebene, entwicklungsfähige Einpersonenernehmen, im ländlichen Raum angesiedelte Unternehmen, innovative, wachstumsorientierte Neugründungen, erfolgreich gewachsene mittlere und große Unternehmen, Frauenunternehmen in bisher "typisch männlichen" Wirtschaftsbereichen, Unternehmensübernahmen.

Die Broschüre könnte bei den zahlreichen Gründungsförderaktivitäten des Wirtschaftsministeriums bzw. sonstiger rheinland-pfälzischer Förderinstitutionen (z.B. anlässlich von Gründer- und Unternehmertagen und -messen, B.O.S.S.-Projekttagen) sowie an allgemein- und berufsbildenden Schulen und im Rahmen der Berufsberatung an (potenziell) gründungsinteressierte Frauen und Mädchen verteilt werden. Außerdem könnten die Portraits auf der Internetseite des Ministeriums, eines ggf. einzurichtenden rheinland-pfälzischen Internetportals für Existenzgründer/innen und/oder auf den Internetseiten der rheinland-pfälzischen Starterzentren zugänglich gemacht werden.

In Anlehnung an das Beispiel der baden-württembergischen "Initiative für Unternehmerinnen" könnte das Ministerium ferner eine Wanderausstellung mit

Unternehmerinnenportraits an verschiedenen Orten in Rheinland-Pfalz, z.B. anlässlich von Veranstaltungen der Gründeroffensive oder sonstiger Gründer/innentage und -messen, organisieren. Und nicht zuletzt könnte das Ministerium in Zusammenarbeit mit den Medien - zum Beispiel im Vorfeld von lokalen Gründer/innen- und Unternehmer/innentagen (insbesondere auch in ländlichen Gebieten) - vermehrt Rollenvorbilder für potenzielle Gründerinnen vorstellen. Zu denken wäre beispielsweise an Artikelserien in Lokalzeitungen zur "Unternehmerin der Region", für die das Ministerium die Portraits zuliefert.²⁹

- Sichtbarmachung des volkswirtschaftlichen Beitrags von Unternehmerinnen

Die Akzeptanz und Wertschätzung von Gründerinnen und Unternehmerinnen in Gesellschaft und im Wirtschaftsleben könnte außerdem dadurch erhöht werden, dass der volkswirtschaftliche Beitrag rheinland-pfälzischer bzw. deutscher Unternehmerinnen öffentlichkeitswirksam herausgestellt wird. Der Bevölkerung könnte somit anschaulich vermittelt werden, dass es sich beim weiblichen Unternehmertum keineswegs um ein wirtschaftliches Randphänomen handelt, sondern dass diesem Wirtschaftssegment bereits substanzielle und in Zukunft weiter steigende Bedeutung zukommt.

- Stärkere Repräsentation von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaftskammern und -verbände sowie der sonstigen Fördereinrichtungen

Im Sinne des Gender Mainstreaming wäre es zu begrüßen, wenn Frauen in öffentlichkeitswirksamen Spitzenfunktionen der Wirtschaftskammern und -verbände sowie der sonstigen Fördereinrichtungen deutlich stärker als bisher vertreten wären. Da bisher nahezu sämtliche Spitzenfunktionen von Männern besetzt werden, geht von diesen Institutionen ein falsches Signal im Hinblick auf die gleichberechtigte Partizipation von Frauen im Wirtschaftsleben im Allgemeinen sowie in Führungspositionen im Speziellen aus. Falls Frauen zukünftig stärker in diesen Positionen vertreten wären, ginge von ihnen eine wichtige Vorbildfunktion aus. Überdies wäre zu erwarten, dass diese Institutionen in noch höherem Maße von (potenziellen) Gründerinnen in Anspruch genommen werden, da sie als weniger männerzentriert wahrgenommen würden.

²⁹ Bei der Gestaltung der Unternehmerinnenportraits ist darauf zu achten, dass gründungsinteressierte Frauen im Allgemeinen erheblich mehr von realitätsnahen Vorbildern als von preisgekrönten "Gründerinnen oder Unternehmerinnen des Jahres" profitieren.

Darüber hinaus sollten sämtliche Förderinstitutionen bei der Konzeption von Publikationen, Broschüren, Internet-Seiten auf eine geschlechtersensible Darstellung (insbesondere im Hinblick auf Sprache und Bildauswahl) achten, damit Frauen sich unmittelbar angesprochen fühlen.³⁰

4.3.3 Qualifizierung

Eine der wesentlichen Ursachen für die geringere Gründungsneigung von Frauen sind Defizite in der Humankapitalausstattung. Konkret bedeutet dies, dass Frauen zwar in den zurückliegenden Jahrzehnten - was das Qualifikationsniveau betrifft - mit den Männern zumindest gleichgezogen haben, allerdings erwerben sie diese Qualifikationen nach wie vor in anderen Bereichen als Männer. Diese Bereiche sind häufiger als die von Männern besetzten weniger gut für eine spätere selbstständige Erwerbstätigkeit geeignet. D.h. auch, dass Frauen häufiger als Männer in den Feldern, in denen sie sich selbstständig machen, über keine Branchenerfahrung verfügen, was die Erfolgsaussichten dieser Unternehmungen tendenziell schmälert.

Wenn also Qualität und Quantität von Gründungen durch Frauen grundlegend gesteigert werden sollen, gilt es das Berufswahlverhalten von jungen Frauen zu verändern. Dies wird allerdings nur auf mittlere bis längere Sicht gelingen, so dass die Früchte dieser Bemühungen auch erst in längerer Frist zu ernten sein werden.

Eine Durchsicht der Forschungsliteratur offenbart, dass die Funktionsweise des Berufsfindungsprozesses, die Frage also, wie es zu Berufswahlentscheidungen kommt, noch nicht vollständig geklärt ist. Infolgedessen können gegenwärtig noch keine fundierten Aussagen über Interventionsmöglichkeiten getroffen werden. Ansätze wie der "Girls' Day", das "Ada Lovelace-Projekt" oder das Computerplanspiel "JobLab" können ebenso wie die in Kapitel 4.3.2 unterbreiteten Vorschläge, die sich auf die Sensibilisierung für die unternehmerische Tätigkeit richten, sicherlich einen Beitrag leisten, werden aber alleine nicht ausreichen. Deswegen wird die Ausschreibung eines Forschungsprojektes angeregt, das sich grundlegend mit den Fragen auseinandersetzt, wie Berufswahlentscheidungen zustande kommen, welche Faktoren auf den Ent-

³⁰ Ein Beispiel für eine männerzentrierte Darstellung ist z.B. die Einladungsbroschüre der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) zur Veranstaltung "Pioniergeist 2005", die Grußworte nur von Männern enthält und sich nicht direkt an Frauen wendet.

scheidungsprozess einwirken, warum Jungen und Mädchen weiterhin so stark an geschlechtstypischen Berufen festhalten und auf welche Weise Berufswahlentscheidungen beeinflusst werden können. Wenn diese Fragen geklärt sind, können geeignete Schritte eingeleitet werden.

4.4 Phase 2: Vorgründungsphase

Maßnahmen in der Vorgründungsphase richten sich zum einen an Personen mit (latentem) Gründungsinteresse, die sich also mit dem Gedanken der Unternehmensgründung auseinandersetzen, um herauszufinden, ob der Schritt in die Selbstständigkeit für sie eine erfolversprechende Option darstellt. Zum anderen richten sie sich an Personen, die konkret eine Unternehmensgründung vorbereiten. Das an dieser Phase ansetzende Unterstützungsangebot ist in Rheinland-Pfalz bereits sehr umfassend. Die im Folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen schließen daher nur noch sehr spezifische Angebotslücken, die zum Teil erst durch aktuelle Entwicklungen im Gründungsgeschehen, Stichwort: Ich-AG, entstanden sind.

4.4.1 Ideenfindung

Viele Akteure der Gründungsförderung sehen in den Bereichen unternehmerische Kreativität sowie Ideenfindung und -präzisierung einen wichtigen Ansatzpunkt, um Unternehmensgründungen - insbesondere auch von Frauen - abseits der bisher vorherrschenden Betätigungsbereiche im Dienstleistungssektor zu ermöglichen. Durch Aktivitäten in diesem Bereich kann zu einer Verlagerung des Gründungsgeschehen auf neue (wachstumsträchtige) Branchen beigetragen werden. Daher sollten Gründer/innen z.B. in Workshops und Ideenwerkstätten vermehrt bei der Ideenfindung unterstützt werden, indem ihnen Techniken für das Generieren und Präzisieren von innovativen Geschäftsideen vermittelt werden. Wenngleich die Geschäftsideen zu der Person, den vorhandenen Qualifikationen und Kompetenzen der jeweiligen Gründerin bzw. des jeweiligen Gründers passen müssen, sollte vorrangig immer auf das Marktpotenzial und die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Vorhabens geachtet werden.

Das Wirtschaftsministerium könnte - in Ergänzung der bestehenden Angebote - z.B. in Zusammenarbeit mit dem rheinland-pfälzischen RKW oder den Starterzentren ein Programm "Ideenwerkstätten für Gründerinnen und Gründer" einrichten. Die inhaltliche Ausgestaltung des Programms könnte sich dabei u.a. an den von der Hochschulinitiative "fit-exist-trier" angebotenen Ideen-

Werkstätten orientieren, die Gründungsinteressierten kreative und konzeptionelle Unterstützung beim Ideenfindungsprozess und bei der Ideenbewertung geben. Weitere Anregungen für die Konzeption eines derartigen Förderprogramms kann auch das aus Landes- und EU-Mitteln finanzierte und vom RKW durchgeführte nordrhein-westfälische Projekt "Ideenwerkstatt" geben.³¹

4.4.2 Information

Das bestehende Informationsangebot für (potenzielle) Gründer/innen könnte um folgende zwei Maßnahmen erweitert werden.

- Schaffung eines Besuchsprogramm "(Potenzielle) Gründerinnen besuchen Unternehmerinnen"

Das Unternehmensbesuchsprogramm der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern könnte Modell stehen für ein neues, spezielles Besuchsprogramm "(Potenzielle) Gründerinnen besuchen Unternehmerinnen".³² Gründungsinteressierte Frauen hätten so die Gelegenheit, frauengeführte Unternehmen vor Ort kennen zu lernen und einen praxisorientierten Einblick in die Anforderungen einer Tätigkeit als Unternehmerin zu erhalten. Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Besuchsprogramms sollte auf die Bewältigung typischer frauenspezifischer Hindernisse und Schwierigkeiten gelegt werden. Dies würde das Programm einerseits von dem bereits bestehenden Besuchsprogramm der Wirtschaftskammern inhaltlich abgrenzen und andererseits dafür sprechen, das Programm ausschließlich für gründungsinteressierte Frauen anzubieten.

- Transparente Darstellung der für eine Gewerbeanmeldung notwendigen Verwaltungsverfahren

In der öffentlichen Diskussion über Bürokratielasten wird die Anzahl der Verwaltungsverfahren und der Zeitbedarf, der insbesondere für die Gründung ei-

³¹ Im Unterschied zu den beiden vorgenannten, jeweils auf ein Wochenende befristeten Ideenwerkstätten, leistet das nordrhein-westfälische Programm "Gründen im Team" (GiT) des RKW Nord-West längerfristige Unterstützung im Ideenfindungs- und -umsetzungsprozess. Im Rahmen eines dreimonatigen, moderierten Prozesses erhalten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, ihre Gründungsidee reifen zu lassen und im Team umzusetzen.

³² Im Großraum Mainz organisiert der Mainzer Unternehmerinnen-Treff (MUT) bereits Betriebsbesichtigungen bei MUT-Frauen.

nes Einzelunternehmens³³ erforderlich ist, häufig übertrieben dargestellt.³⁴ Gleichwohl kommt den mit einer Gründung in Verbindung gebrachten bürokratischen Hemmnissen zunächst einmal abschreckende Wirkung zu. Dem könnte durch eine transparente Darstellung der tatsächlich notwendigen administrativen Verfahren begegnet werden. Diese könnte sich an dem vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen eingeführten Infocenter Gewerbeanmeldung NRW orientieren. Dabei handelt es sich um ein Informationsportal im Internet, das von "A" wie "Abbrucharbeiten bis "Z" wie "Zweiradmechaniker" über alle, rund 1.200 Tätigkeiten, für die eine Gewerbeanmeldung erforderlich ist, informiert. Es verschafft Gründer/innen einen kompletten Überblick über die einzelnen Schritte ihrer spezifischen Gewerbeanmeldung sowie über die Bescheinigungen und Voraussetzungen, die mitgebracht bzw. erfüllt werden müssen, damit der Tätigkeitswunsch als Gewerbe angemeldet werden kann. Darüber hinaus gibt das Infocenter an, wo und wie diese Bescheinigungen beantragt bzw. erlangt werden können. Das Gewerbeanmeldungsverfahren wird so erheblich transparenter und einfacher und trägt schließlich auch zu einer Verkürzung der Gründungsdauer bei.

Das Wirtschaftsministerium sollte deshalb den Aufbau eines eigenen Infocenters Gewerbeanmeldung RLP - in Kooperation mit den Starterzentren - in Erwägung ziehen. Wegen der zentralen Position der Starterzentren böte es sich an, das neuerrichtete Infocenter in das bestehende Internetportal der Starterzentren zu integrieren.

4.4.3 Beratung

4.4.3.1 Ganzheitliche, ergebnisoffene Beratung für Frauen

Gründungsinteressierte Frauen sind im Vorfeld einer Existenzgründung häufiger als Männer mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert (z.B. Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie, geringere Marktnähe aufgrund längerer Familienphasen, geringere Risikoneigung und geringeres Vertrauen in das eigene Gründungsprojekt), die im Rahmen der traditionellen, eher an (betriebswirt-

³³ Diese stellen etwa vier Fünftel aller neugegründeten Unternehmen.

³⁴ Vgl. hierzu z.B. den internationalen Vergleich des verwaltungsbedingten Zeitaufwands für die Umsetzung von Gründungsvorhaben in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, den USA und Deutschland von SCHRÖER/HOLZ (2000).

schaftlichen) Sachthemen orientierten Gründungsberatung häufig nicht oder nur unzureichend thematisiert werden.

Daher wäre es empfehlenswert, in Rheinland-Pfalz insbesondere im ländlichen Raum spezielle Beratungseinrichtungen zu schaffen, die sich ausschließlich und längerfristig auf die ganzheitliche, ergebnisoffene Existenzgründungsberatung von (potenziellen) Gründerinnen konzentrieren.³⁵ Eine ganzheitliche individuelle Beratung sollte die persönliche, familiäre und finanzielle Situation der gründungsinteressierten Frauen berücksichtigen und darüber hinaus auch betriebswirtschaftliche Aspekte (insbesondere Marktchancen und Wirtschaftlichkeit des Gründungsvorhabens) in hinreichendem Maße umfassen. Bei der Beratung von Berufsrückkehrerinnen und Quereinsteigerinnen empfiehlt sich ein ergebnisoffener Ansatz, der nicht schon den Entschluss für eine spätere Existenzgründung voraussetzt. Die Beratung sollte daher nicht ausschließlich auf die unternehmerische Selbstständigkeit ausgerichtet sein, sondern parallel z.B. auch die Möglichkeit eines Wiedereinstiegs in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis prüfen.

Neben der Beratung und einem Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot sollten die Beratungseinrichtungen den Aufbau von regionalen Gründerinnen- und Unternehmerinnennetzwerken und -stammtischen aktiv unterstützen, um so der in ländlichen Regionen häufig auftretenden Vereinzelung von Gründerinnen zu begegnen und einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Das Ministerium könnte beim Aufbau einer entsprechenden Beratungsinfrastruktur im ländlichen Raum mit lokalem, kleinräumigem Bezug mit den Beratungsstellen Frau & Beruf zusammenarbeiten. So könnten die von diesen Einrichtungen auf dem Gebiet der ganzheitlichen Existenzgründungsberatung von Frauen gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse nutzbar gemacht und weiterentwickelt werden.

4.4.3.2 Unterstützungsleistungen für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit

In Folge der Einführung des Existenzgründungszuschusses und der Novellierung der Handwerksordnung hat sich nach Auskunft von Kammervertre-

³⁵ Um auch gründungsinteressierte Frauen in kleineren (ländlichen) Orten zu erreichen, sollten die Beratungseinrichtungen - ähnlich wie gegenwärtig bereits die vier Beratungsstellen Frau & Beruf - zu festen Terminen mobile Beratungen in Außenstellen (z.B. bei kommunalen Verwaltungsstellen) im regionalen Umfeld der Zentrale anbieten.

ter/innen die Zahl der Frauen und Männern erhöht, die eine Unternehmensgründung beabsichtigen, ohne dafür ausreichend fachlich, kaufmännisch und persönlich geeignet zu sein.³⁶ Offensichtlich nicht hinreichend qualifizierten Gründer/innen mit nicht tragfähigen Konzepten sollte in ihrem eigenen Interesse und - mittel- und langfristig - auch im Interesse der Gründungsförderung selbst (im Hinblick auf den Aufbau und die Wahrung eines positiven gesellschaftlichen Unternehmerbildes) von einer Gründung abgeraten werden. Hinreichend geeigneten Gründer/innen kann allerdings durch Beratung und Qualifizierung der Schritt in eine erfolgreiche Selbstständigkeit erleichtert werden. Dies gilt auch und in besonderer Weise für staatlich geförderte Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, die in den zurückliegenden zwei Jahren stark an Bedeutung gewonnen haben. Sollte sich hieran durch weitere Modifikationen oder Beendigung der Ich-AG-Förderung nichts grundsätzlich ändern, wäre die Etablierung spezifischer Beratungs- und Qualifizierungsangebote für Gründer/innen aus der Arbeitslosigkeit in Erwägung zu ziehen.

- Etablierung eines flächendeckenden Angebots an Existenzgründungsbüros bei den Agenturen für Arbeit

Für Gründer/innen aus der Arbeitslosigkeit stellen die Arbeitsagenturen häufig die erste Anlaufstelle dar. Für diese Aufgabe sind die Agenturen personell aber nicht gerüstet. Vor diesem Hintergrund wäre die Etablierung von Existenzgründungsbüros, wie sie von den Wirtschaftskammern und lokalen Arbeitsagenturen in Mayen und Landau bereits betrieben werden, in ganz Rheinland-Pfalz ein sinnvoller Schritt. Hierfür müssten die rheinland-pfälzischen Arbeitsagenturen gewonnen werden. Zu den Angeboten des Existenzgründungsbüros Landau gehören beispielsweise allgemeine Informationen ebenso wie die Orientierungsberatung. Im Rahmen der Erstberatung fungieren die Existenzgründungsexperten als Sparringspartner. Sie helfen bei der Ideenfindung und Konkretisierung des Projektes. In der anschließenden Realisierungsphase werden die Konkurrenzfähigkeit, die finanziellen Eckpunkte und weitere konkrete Fragen geklärt. Beim ebenfalls zur Angebotspalette gehören-

³⁶ Aktuelle empirische Forschungsergebnisse des IfM Bonn zu Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zeigen allerdings, dass das Bildungs- und Qualifikationsniveau nicht nur der Überbrückungsgeldempfänger, sondern auch der Bezieher des Existenzgründungszuschusses hoch ist, und dies auch verglichen mit dem im allgemeinen Gründungsgeschehen (vgl. G.I.B. 2004, May-Strobl u.a. 2005).

den Coaching können die Jungunternehmer/innen u.a. Fragen von Vertrieb, Strategie und betriebswirtschaftlicher Analyse mit dem Berater diskutieren.

- Aufbau eines speziellen Förderangebots für arbeitslose Gründer/innen bestehend aus Orientierungsseminaren, Gründungs- und Begleitzirkeln

Alternativ oder ergänzend zu den oben beschriebenen Existenzgründungsbüros könnte nach dem Modell der nordrhein-westfälischen Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) ein spezielles Förderangebot für arbeitslose Gründer/innen, bestehend aus Orientierungsseminaren, Gründungs- und Begleitzirkeln geschaffen werden.³⁷ Die drei- bis vierstündigen Orientierungsseminare bieten allen gründungsinteressierten Arbeitslosen einen Überblick über die verschiedenen Fördervarianten und informieren über die Voraussetzungen zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit sowie über die ersten Planungsschritte, um die vorhandenen Chancen und Risiken abschätzen zu können. Darüber hinaus werden die Beratungsmöglichkeiten für Existenzgründer/innen in der jeweiligen Region vorgestellt.

In den - ebenfalls im Auftrag des Wirtschaftsministeriums des Landes NRW angebotenen - Gründungszirkeln bereiten sich arbeitslose Gründer/innen in einer Kleingruppe und unter Moderation eines erfahrenen Gründungsberaters intensiv auf ihre Existenzgründung vor. Durch die Beratung in einem Gründungszirkel erhalten die Gründer eine fundierte Entscheidungsgrundlage über die Aufnahme oder den Verzicht einer selbstständigen Tätigkeit. Dabei wird unter Einschätzung der Risiken und Chancen geklärt, ob die selbstständige Tätigkeit eine realistische berufliche Perspektive besitzt. Die Beratung im Gründungszirkel dient ferner der Konzeptklärung und -präzisierung.

4.4.3.3 Beratungsangebote speziell in ländlichen Regionen

Aufgrund der weniger dichten (Beratungs)Förderinfrastruktur im ländlichen Raum haben (potenzielle) Gründer/innen dort einen erschwerten Zugang zu den Fördereinrichtungen. Dem könnte mit einem verstärkten Einsatz von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien begegnet werden. So bietet das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gegenwärtig in einem Pilotprojekt ein "Live-Online-Training für Existenzgründerin-

³⁷ Da die Unterstützungsleistungen der Begleitzirkel auf die Phase des Markteintritts und nicht auf die Vorgründungsphase abzielen, wird dieses Förderangebot in Kapitel 4.5.1 dargestellt.

nen" an. Das Training ist eine neue Form der Präsenzschiilung, bei der die Teilnehmerinnen und Dozent/innen gleichzeitig und live im Internet in virtuellen Schulungsräumen zusammen kommen. Das Schulungsprogramm umfasst 28 Unterrichtstage, die auf insgesamt neun Wochen verteilt sind. Nach Abschluss der Qualifizierung ist eine vierwöchige Nachbetreuung vorgesehen. Der speziell für diese Zielgruppe entwickelte Zeitplan macht, trotz der Zusatzbelastungen durch das persönliche Umfeld, alle Veranstaltungen für die Teilnehmerinnen wahrnehmbar. Der Zeitplan sieht vormittags eine zentrale Schulung vor. Nachmittags und abends werden buchbare Kleingruppen zu verschiedenen Zeiten angeboten. Das neuartige e-learning Konzept ist besonders geeignet für Frauen im ländlichen Raum und für Frauen mit intensiven Familienpflichten. Nach Abschluss des Projekts Ende Juli 2005 und nach Auswertung der Projektergebnisse könnte das Ministerium ggf. prüfen, ob und inwiefern ein vergleichbares Konzept für Rheinland-Pfalz Anwendung finden könnte.³⁸

4.4.3.4 Einrichtung von Expertengremien zur Verleihung eines Unternehmerinnenbriefs

Ein umfassendes Beratungsangebot stellt auch das innovative Programm "Unternehmerinnenbrief NRW" dar, das in Nordrhein-Westfalen auf Initiative des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie entstanden ist und von den Regionalstellen Frau & Beruf koordiniert wird. Das kostenlose Angebot richtet sich insbesondere an Gründerinnen und an Unternehmerinnen, deren Betriebe wachsen wollen. Sie haben die Möglichkeit, ihr Gründungs- oder Wachstumsvorhaben einem unabhängigen Expertengremium vorzustellen. Vertreter/innen von Banken, Verbänden und Kammern sowie Berater/innen und Unternehmer/innen geben Tipps zur persönlichen Präsentation, beurteilen Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und Marktfähigkeit des Konzeptes, helfen bei Spezialfragen weiter und stellen weiterführende Kontakte her. Ist die Jury übereinstimmend davon überzeugt, dass die Bewerberin auf einem Erfolg versprechenden Weg ist, wird sie mit dem Unternehmerinnenbrief NRW ausgezeichnet. Neben der Urkunde erhalten die Frauen die Möglichkeit, sich in einer Patenschaft ein Jahr lang von einer erfahrenen Unternehmerin oder einem erfahrenen Unternehmer im betrieblichen Alltag begleiten zu lassen.

³⁸ Gegenwärtig werden von mehreren öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Institutionen vergleichbare e-learning Schulungskurse für Existenzgründer/innen angeboten, so zum Beispiel "It's my life! - Das Start-up-Programm für Ihre Existenzgründung" in Ostwestfalen-Lippe.

Der innovative Charakter dieses Projekts und seine vielfältigen, hier nicht im Einzelnen dargelegten positiven Wirkungen legen es nahe zu prüfen, ob das Wirtschaftsministerium - in Kooperation mit den rheinland-pfälzischen Gründungsakteuren - ein vergleichbares Programm etablieren kann. Zu bedenken ist allerdings, dass die Einrichtung eines solchen Programms relativ aufwändig ist und der Erfolg in hohem Maße von dem Engagement der jeweiligen Förder- und Gründungsakteure abhängt.

Die oben beschriebene Institution einer "Expertenjury" zur Beurteilung und Auszeichnung von Gründungs- und Unternehmenswachstumsvorhaben sowie die Vergabe eines Qualitätssiegels findet gegenwärtig - nicht nur im frauenspezifischen Kontext - zunehmend Verbreitung. Die HAFEX-Wirtschaftsförderung Hagen GmbH z.B. vergibt seit Anfang 2005 ein Gütesiegel für Existenzgründer. Das nordrhein-westfälische Programm "Gründen im Team" (GiT) zur Generierung und Umsetzung von Geschäftsideen sieht ebenfalls vor, dass die (angehenden) Gründer/innen ihre Geschäftsideen einer Expertenjury zwecks Durchführung eines "Rütteltests" präsentieren. Im Rahmen der Gründungsberatung durch die baden-württembergische Gründerinitiative Bretten entwickeln angehende Gründer/innen ein Konzept, das anschließend von einer Jury geprüft und im Erfolgsfall mit einem Gründerbrief zertifiziert wird.

4.4.5 Finanzierung

Wie aktuelle Gründerbefragungen zeigen, stellt der Zugang zu Fremdkapital nach wie vor ein bedeutsames Problem für Gründer/innen dar, trotz der vielfältigen Finanzierungsförderungen auf Landes- und Bundesebene. Für dieses Problem zeichnen sich gegenwärtig, abgesehen von neueren Ansätzen im Bereich der Mikrofinanzierung, kaum neue Lösungsmöglichkeiten ab. Vor diesem Hintergrund wird lediglich für eine eng umrissene Zielgruppe eine Fördermaßnahme vorgeschlagen.

- Vorläufiger Verzicht auf zusätzliche Förderangebote im Mikrofinanzierungsbereich

Ein besonders großer Bedarf an Finanzierungsmöglichkeiten besteht im Kleinstkreditbereich mit Beträgen von bis zu 20.000 €. In Ergänzung zu ihren bisherigen Kleinkreditprogrammen "Mikro-Darlehen" und "StartGeld" bietet die KfW-Mittelstandsbank bundesweit seit März 2005 - und zunächst befristet bis Ende 2005 - die Programmvariante "Mikro 10" an. Das Pilotprojekt vergibt

Kleinstkredite in Höhe von 5.000 bis maximal 10.000 € bei einem Finanzierungsanteil von bis zu 100 % des Gesamtfinanzierungsbedarfs (Investitionen und Betriebsmittel). "Mikro 10" zeichnet sich insbesondere durch einige Verfahrensvereinfachungen aus, die eine Kooperation zwischen der Hausbank und dem Gründungsberater der Gründerin bzw. des Gründers erleichtern. Wegen der relativ hohen Prozesskosten bei sehr kleinen Kreditengagements erhalten die Hausbanken im Zusagefall außerdem eine einmalige vom Darlehensbetrag unabhängige Bearbeitungsgebühr von 600 €.

Nach Auskunft der KfW sind bis Ende Juli 2005 rund 200 Anträge im Rahmen von "Mikro 10" eingegangen, die weit überwiegend positiv beschieden wurden. Die Gründungsvorhaben sind - was Geschäftsidee und Qualität betrifft - vergleichbar mit denen, die im Rahmen des Mikro-Darlehen-Programms gefördert werden. Es dominieren kleine Unternehmen im Bereich Handwerk, Einzelhandel und personennahe Dienstleistungen. Mehr als 40 % der Anträge wurden von Frauen eingereicht.

Eine abschließende Bewertung des Kleinstkreditprogramms "Mikro 10" ist gegenwärtig noch nicht möglich. Es wird daher empfohlen, zunächst die Ergebnisse dieses Pilotprojekts abzuwarten und in diesem Segment vorerst keine neuen landeseigenen Finanzierungsprogramme aufzulegen. Sollte das "Mikro 10"-Programm von der KfW über das Jahr 2005 hinaus fortgeführt werden, wäre zu prüfen, ob die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) als Landesförderinstitut in diesem Programm mit der KfW kooperiert.

- Vergabe von Gründungsprämien (Zuschüssen) für arbeitsplatzschaffende, wachstumsorientierte Existenzgründungen im ländlichen Raum

Eine Möglichkeit der finanziellen Gründungsförderung besteht in der finanziellen Unterstützung arbeitsplatzschaffender, wachstumsorientierter und nachhaltiger Existenzgründungen in ländlichen Gebieten durch (Eigenkapital-ersetzende) Zuschüsse. Die Go! Gründungsprämie z.B. erleichtert nordrhein-westfälischen Gründer/innen in den Fördergebieten des Landes (strukturschwache Ziel-2-Gebiete) mit einem Zuschuss von 10.000 € den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit. Voraussetzung für die Gewährung der Prämie ist u.a. die Beschäftigung eines oder mehrerer sozialversicherungspflichtige/r Arbeitnehmer/innen für insgesamt wenigstens 24 Monate. Der Finanzierungsbedarf für Investitionen und Betriebsmittel muss mindestens 25.000 € bei Vorhaben von Männern bzw. mindestens 20.000 € bei Vorhaben von Frauen betra-

gen. Dieser Zuschuss ist häufig Voraussetzung für die Gewährung eines Bankkredits für den Start in die Selbstständigkeit.

Das Programm "Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum" (IMF-LR) gewährt baden-württembergischen Existenzgründerinnen, die ein innovatives Unternehmenskonzept vorlegen und eine entsprechende berufliche Vorbildung oder angemessene Berufserfahrung nachweisen, einen Zuschuss in Höhe von bis zu 33 % der zuwendungsfähigen Ausgaben (z.B. Durchführbarkeitsstudien, Inventar einschließlich Software, Lizenzen), maximal jedoch 80.000 €. In besonders begründeten, innovativen und beispielgebenden Fällen kann die Bewilligungsbehörde in Abstimmung mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum eine Förderung bis zu 50 % gewähren.

4.5 Phase 3: Markteintritt und Frühentwicklung

In dieser Phase des Gründungsprozesses besteht noch ein Mangel an beratenden und unterstützenden Programmen, die zu einer Stabilisierung neugegründeter Unternehmen beitragen. Auch hier richtet sich das Augenmerk insbesondere auf zwei Zielgruppen, die Gründer/innen aus der Arbeitslosigkeit sowie die Jungunternehmerinnen.

4.5.1 Beratung

Um die Bestandsfestigkeit von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit zu stärken, werden folgende Maßnahmen empfohlen:

- Aufbau von Begleitzirkeln für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und Kleinstgründungen

Begleitzirkel stellen die dritte Komponente des (integrierten) Gesamtkonzepts der nordrhein-westfälischen Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) zur Förderung von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und Kleinstgründungen dar.³⁹ Sie zielen darauf ab, die Bestandsfestigkeit der neuen selbstständigen Tätigkeit zu erhöhen sowie Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen, geeignete Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Die von erfahrenen Existenzgründungs- und -festigungsberater/innen durchgeführten Begleitzirkel stellen eine Kombination aus einer Kleingruppenberatung und ei-

³⁹ Die anderen beiden Komponenten (Orientierungsseminare und Gründungszirkel) setzen in der Vorgründungsphase an und wurden bereits in Kapitel 4.4.3.2 beschrieben.

nem Einzelcoaching dar. Die Beratungsinhalte richten sich an den individuellen Beratungsbedürfnissen der Gründer/innen aus.

In einem Begleitzirkel finden die neuen Selbstständigen konkrete Unterstützung in Fragen der Kundengewinnung und des Marketing, der Unternehmensführung sowie in kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Aufgaben. Überdies dient der Begleitzirkel dem regelmäßigen Erfahrungsaustausch und dem Aufbau möglicher Kooperationen. Die Gruppenberatungen finden alle vier bis sechs Wochen statt, so dass es in der Gesamtlaufzeit eines halben Jahres zu vier bis sechs Gruppentreffen kommt. Der (individuelle) Beratungsumfang pro Teilnehmer/in beträgt ein Tagewerk (= 8 Stunden).

- Angebot von zweitägigen Survivaltrainings für Ich-AG Gründer/innen

Eine alternative Form der Unterstützung von Ich-AG-Gründer/innen stellt das von einzelnen Bildungsträgern und regionalen Gründungsnetzwerken in Nordrhein-Westfalen angebotene spezielle zweitägige "Survivaltraining für Ich-AG Gründerinnen" dar. Diese Seminare sind für Ich-AG-Gründer/innen konzipiert, die nach dem Schritt in die Selbstständigkeit feststellen, dass sie viele Probleme, die der unternehmerische Alltag mit sich bringt, nicht bedacht haben. Inhaltlich befassen sich die Trainings z.B. mit den Themen Standortbestimmung, Kostenkalkulation, Preiskalkulation, Marketing und Zukunftsplanung.

4.5.2 Coaching und Mentoring

Als probates Mittel zur Unterstützung von Jungunternehmer/innen in der schwierigen Phase nach dem Markteintritt hat sich in jüngerer Vergangenheit die längerfristige, persönliche Begleitung durch erfahrene Berater/innen und Unternehmer/innen erwiesen. Unterstützungsleistungen im Bereich Coaching und Mentoring werden bislang jedoch nur vereinzelt und zumeist von kleineren regionalen Initiativen, wie z.B. im Rahmen von ENITE in Mainz, angeboten. Deswegen wird empfohlen, das vorhandene Beratungsangebot auch in den übrigen Regionen um diese Komponenten zu ergänzen.

- Schaffung eines (Einzel)Coaching-Programms

Eine (ressourcenschonende) Möglichkeit stellte die Einführung des KfW-Gründercoachings auch in Rheinland-Pfalz dar. Die KfW-Mittelstandsbank bietet das Gründercoaching grundsätzlich in Kooperation mit einem Bundesland (bzw. in Neubrandenburg auch mit einem Kammerbezirk) und den dortigen

Wirtschaftskammern an. Die Wirtschaftskammern unterziehen die Vorhaben der Antragsteller einer Prüfung und sprechen nach positiver Beurteilung eine Empfehlung zur Durchführung des Gründercoachings aus. Es wäre zu klären, ob das Gründercoaching auch in Rheinland-Pfalz auf einzelne ländliche Regionen (Kammerbezirke) räumlich begrenzt werden kann.

Die Basisförderung des KfW-Gründercoachings ist - ähnlich wie im bestehenden rheinland-pfälzischen Beratungsprogramm für Existenzgründer zur Existenzsicherung - mit max. zehn förderfähigen Tagewerken zeitlich relativ knapp bemessen. Deswegen wird eine Ergänzung des KfW-Gründercoachings aus Landesmitteln empfohlen, so dass bis zu 20 Tagewerke förderbar sind und damit ein längerfristiges Coaching möglich wird.

- Etablierung eines Betreuungsprogramms, das Einzel- und Gruppentraining kombiniert

Von einem begleitenden Coaching in der Nachgründungsphase dürfte wohl nahezu jedes neugegründete Unternehmen profitieren. Angesichts der großen Zahl der Unternehmensgründungen und der begrenzten finanziellen Mittel stellt eine - z.B. von den Wirtschaftskammern oder speziellen Beratungsdiensten - durchgeführte Vorauswahl der Antragsteller grundsätzlich ein geeignetes Mittel dar, um diese intensive Form der Betreuung ggf. auf eine Auswahl von - z.B. wachstumsträchtigen, innovativen - Unternehmen zu fokussieren.

Damit auch eine größere Zahl der eher traditionellen Gründungen in den Genuss einer Begleitung in der Nachgründungsphase kommt, könnte für einzelne Regionen ein ergänzendes (ESF) Programm konzipiert werden, das eine Kombination aus Gruppen- und Einzelbetreuung anbietet. Dies gewährleistet nicht nur einen wirtschaftlichen Einsatz der knappen öffentlichen Finanzmittel, sondern ermöglicht das Lernen und den Erfahrungsaustausch in der Gruppe und zugleich die Erörterung vertraulicher Unternehmensdetails in Einzelgesprächen mit dem Coach. Derartige Programme werden bereits in unterschiedlichen Konzeptionen in anderen Bundesländern praktiziert.

- Unterstützung des Mentoring-Programms der Käte-Ahlmann-Stiftung

Das zuvor beschriebene Coaching wird zumeist von freiberuflichen Unternehmensberater/innen durchgeführt. Speziell für Jungunternehmerinnen wäre jedoch die längerfristige, fachliche und persönliche Begleitung durch eine erfah-

rene Unternehmerin besonders hilfreich. Eine erfahrene Unternehmerin als Mentorin kann die Schwierigkeiten und Herausforderungen einer Unternehmensgründung von Frauen aus eigener Anschauung besonders gut nachvollziehen und gemeinsam mit der Mentee Lösungsmöglichkeiten entwickeln.

Das bundesweit erste ehrenamtliche Mentoring-Programm "TWIN - Two Women Win" wurde gemeinsam von der Gesellschaft für Innovative Beschäftigungsförderung (G.I.B.) und der Käte-Ahlmann-Stiftung entwickelt. Junge Unternehmerinnen, die mindestens ein Jahr und höchstens drei Jahre selbstständig sind, werden von Unternehmerinnen mit mindestens fünfjähriger Selbstständigkeitserfahrung ein Jahr lang begleitet. Während des Mentoring-Prozesses steht die Käte-Ahlmann-Stiftung als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Dieses zunächst auf nordrhein-westfälische Ziel-2-Regionen beschränkte Programm wird seit 2004 eigenverantwortlich und nunmehr bundesweit von der Käte-Ahlmann-Stiftung fortgeführt. Anstatt ein eigenes Mentoring-Programm aufzulegen, wird empfohlen, dass sowohl das Wirtschaftsministerium als auch die rheinland-pfälzischen Förderakteure zukünftig Jungunternehmerinnen in stärkerer Weise als bisher auf das Angebot der Stiftung aufmerksam machen und diese ggf. bei der Akquirierung von Mentorinnen unterstützen.

4.5.3 Gegenseitige Unterstützung durch Gründerinnen und Unternehmerinnen

Eine weitere Möglichkeit der Unterstützung in der Nachgründungsphase liegt schließlich in der gegenseitigen Unterstützung durch Gründerinnen und Unternehmerinnen. Deswegen wird der Aufbau von Netzwerken - insbesondere im ländlichen Raum - empfohlen.

- Förderung des Aufbaus von Gründerinnen- bzw. Unternehmerinnennetzwerken

Gründerinnen- bzw. Unternehmerinnennetzwerken kommt insbesondere in den ersten drei Jahren nach der Gründung große Bedeutung zu. Der regelmäßige Erfahrungsaustausch mit erfahrenen Unternehmerinnen kann wesentlich dazu beitragen, in der Anfangsphase auftretende Problemlagen nicht zu dramatisieren, sondern als normale Begleiterscheinungen der unternehmerischen Selbstständigkeit einzuordnen. Sowohl der fachliche Rat als auch die menschliche Unterstützung und Anteilnahme sind wichtig, um die schwierige Anlaufphase zu überstehen. Daneben bieten Netzwerke ihren Mitgliedern die Mög-

lichkeit, geschäftliche Kooperationen untereinander aufzubauen oder füreinander Geschäftskontakte herzustellen.

Die Bestandsaufnahme hat gezeigt, dass Frauennetzwerke nicht in wünschenswerter Anzahl im Lande vorhanden bzw. dass nur sehr wenige Frauennetzwerke in den öffentlichen Medien präsent sind. Das Wirtschaftsministerium sollte daher in Kooperation mit den Starterzentren und den Gründungsnetzwerken die Schaffung zusätzlicher Gründerinnen- bzw. Unternehmerinnen-netzwerke (z.B. regelmäßige Stammtischtreffen) anregen. Eine moderne und durchaus nachahmenswerte Form der Netzwerkbildung stellen Visitenkartenpartys dar, wie sie bereits erfolgreich vom bic Kaiserslautern durchgeführt werden.

Überdies sollten die bereits existierenden und die zusätzlich geschaffenen Netzwerke den (potenziellen) Gründerinnen effektiver kommuniziert werden. Hierzu könnten die wichtigen Erstanlaufstellen für Gründerinnen, vor allem die Starterzentren und die Arbeitsagenturen, einen wertvollen Beitrag leisten.

- Förderung des Aufbaus von Netzwerkstrukturen im ländlichen Raum

Da Unternehmensgründungen durch Frauen im ländlichen Raum, wie bereits ausgeführt, tendenziell mit größeren Problemen konfrontiert sind als andernorts, kommt den oben angeregten Netzwerken hier eine besondere Bedeutung zu. Deswegen wäre zu prüfen, ob die Schaffung effizienter Netzwerke finanziell durch das Wirtschaftsministerium gefördert werden kann. Eine solche Förderung könnte sich an dem baden-württembergische Programm "Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum" (IMF-LR) orientieren, das u.a. auch neugegründete Netzwerkorganisationen von Frauen im ländlichen Raum finanziell unterstützt, die die Vernetzung von bereits existierenden und neuen Initiativen der lokalen Akteure zum Ziel haben.

5. Fazit

Mittels einer behutsamen Ergänzung bzw. Modifikation und vor allem einer stärkeren Inanspruchnahme der vielfältigen bereits bestehenden Maßnahmen zur Unterstützung (potenzieller) Gründer/innen in der (Vor)Gründungs- und der Frühentwicklungsphase kann sicherlich eine bessere Ausschöpfung des quantitativen und qualitativen Gründungspotenzials insbesondere von Frauen in Rheinland-Pfalz erreicht werden. Aktuelle, am Gründungsprozess ansetzende

Forschungsergebnisse zeigen allerdings auf, dass sich die Schere hinsichtlich der Gründungsneigung bereits sehr früh im Gründungsprozess, bei der Entwicklung eines Gründungsinteresses, zwischen den Geschlechtern öffnet. Eine Vergrößerung des Gründungspotenzials (insbesondere von Frauen) wäre demnach in noch stärkerem Maße durch Aktivitäten zu erreichen, die konkret in dieser Phase des Gründungsprozesses ansetzen. Hierfür wurde eine Vielzahl von Maßnahmen vorgeschlagen, die auf mittlere bis längere Sicht zu einer deutlicheren Annäherung der Gründungsquoten von Frauen und Männern in Rheinland-Pfalz beitragen werden.

Literatur

- CARTER, Sara; ROSA, Peter (1998): The Financing of Male- and Female-Owned Businesses, in: Entrepreneurship & Regional Development, Vol. 10, S. 225-241
- DEUTSCHE AUSGLEICHSBANK/DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG (2000): Der Markt für Unternehmensberatungsleistungen - Analyse der Effizienzbedingungen, Transparenz und Qualität des Angebotes unter besonderer Berücksichtigung des Bedarfs kleiner und mittlerer Unternehmen, Durchführung der Studie durch das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, Brüssel
- EUROPEAN COMMISSION (2002): Support Services for Micro, Small and Sole Proprietors' Businesses, Final Report, Luxemburg
- FABOWALE, Lola; ORSER, Barbara; RIDING, Allan (1995): Gender, Structural Factors, and Credit Terms Between Canadian Small Businesses and Financial Institutions, in: Entrepreneurship: Theory and Practice, Vol. 19, No. 4, S. 41-65
- FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN ONLINE (2005): Internet-Strukturdaten. Repräsentative Umfrage. I. Quartal 2005, Mannheim
- GESELLSCHAFT FÜR INNOVATIVE BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG (G.I.B.) (2004): Ich-AG und Überbrückungsgeld. Eine empirische Analyse von Gründungen aus der Arbeitslosigkeit, Arbeitspapiere 12, Bottrop
- IfM Bonn (2000): Wissenschaftliche Begleitforschung 1998/1999 und Würdigung der Gründungs-Offensive Nordrhein-Westfalen "GO!" NRW, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, IfM-Materialien Nr. 142, Bonn

- JUNGBAUER-GANS, Monika (1993): Frauen als Unternehmerinnen. Eine Untersuchung der Erfolgs- und Überlebenschancen neugegründeter Frauen - und Männerbetriebe, Frankfurt/M. u.a.
- KAY, Rosemarie (2004): Finanzierungsprobleme von Kleinstunternehmen: Ist eine Differenzierung nach dem Geschlecht der Unternehmerperson hilfreich? In: LANGE, Joachim (Hg.): Klein aber fein - trotzdem pleite? Finanzierung und Beratung von Kleinstunternehmen. Dokumentation einer Tagung der Evangelischen Akademie Loccum am 1. bis 2. März 2004, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie, S. 127-140
- KAY, Rosemarie (2003): Die Entwicklung junger Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, in: Institut für Mittelstandsforschung (Hrsg.): Jahrbuch zur Mittelstandsforschung 2/2002, Schriften zur Mittelstandsforschung, Nr. 97 NF, Wiesbaden, S. 1-39
- KAY, Rosemarie; GÜNTERBERG, Brigitte; HOLZ, Michael; WOLTER, Hans-Jürgen (2003): Unternehmerinnen in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit - Langfassung -, BWA-Dokumentation Nr. 522, Berlin
- LEICHT, René; WELTER, Friederike; FEHRENBACH, Silke (2004): Geschlechterunterschiede in beruflicher Selbstständigkeit: Zum Stand der Forschung, in: LEICHT, René; WELTER, Friederike (Hg.): Gründerinnen und selbstständige Frauen. Potenziale, Strukturen und Entwicklungen in Deutschland, Karlsruhe, S.10-40
- MAY-STROBL, Eva; SUPRINOVIČ, Olga; WOLTER, Hans-Jürgen; KLEINEN, Helmut (2005): Die Ich-AG als neue Form der Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit. Eine empirische Analyse des Gründungserfolgs bei Inanspruchnahme des Existenzgründungszuschusses, G.I.B. Arbeitspapiere 13, Bottrop
- MittelstandsMonitor (2004): Chancen zum Aufschwung nutzen. Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, hrsg. von Verband der Vereine Creditreform, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und KfW-Bankengruppe, Frankfurt/M.
- MittelstandsMonitor (2003): Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, hrsg. von Verband der Vereine Creditreform, Institut für Mittelstandsforschung Bonn, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und KfW-Bankengruppe, Frankfurt/M.
- PARKER, Simon C. (2004): The Economics of Self-Employment and Entrepreneurship, Cambridge

- PAULINI-SCHLOTTAU, Hannelore (2004): Unternehmerische Selbstständigkeit fördern. Eine Aufgabe für die Berufsbildung, Bonn
- ROSA, Peter; HAMILTON, Daphne; CARTER, Sara; BURNS, Helen (1994): The Impact of Gender on Small Business Management: Preliminary Findings of a British Study, in: International Small Business Journal, Vol. 12, No. 3, S. 25-32
- SCHRÖER, Sanita; HOLZ, Michael (2000): Verwaltungsbedingter Zeitaufwand für die Umsetzung von Gründungsvorhaben: ein internationaler Vergleich zwischen Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan und der Bundesrepublik Deutschland, in: IfM Materialien, Nr. 143, Bonn
- STATISTISCHES BUNDESAMT (2004): Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit (Ergebnisse des Mikrozensus), Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden
- STERNBERG, Rolf; LÜCKGEN, Ingo (2005): Global Entrepreneurship Monitor. Länderbericht Deutschland 2004, Köln
- VERHEUL, Ingrid; THURIK, Roy (2001): Start-Up Capital: „Does Gender Matter?“, in: Small Business Economics, Vol. 16, S. 329-345
- WERNER, Arndt; KRANZUSCH, Peter; KAY, Rosemarie (2005): Unternehmerbild und Gründungsentscheidung - genderspezifische Analyse. Schriften zur Mittelstandsforschung, Nr. 109 NF, Wiesbaden